Ausgabe: Nr. 1 / 2011, Februar 2011

REVOLUTION

international communist youth organization • www.onesolutionrevolution.com

1,50 Euro

Nordafrika und der Nahe Osten

eine ganze Region im Aufbruch!

Anti-Cut Proteste GB

Interview mit Joana Pinto

Smash Fascism

Der Klassencharakter des Faschismus

8. März 2011

100 Jahre Internationaler Frauentag

Weitere Themen: „Die Empörung über den Kommunismus.“ // „Bildungsstreik BaWü.“ // REVO Action Guide.“

REVOLUTION
international communist youth organization • www.onesolutionrevolution.com

Editorial 2
Smash Fascism..... 3
Chaoten und Kommunisten..... 7
Müllers Welt: 1,2,3 faules Ei..... 8
Die Empörung über den Kommunismus..... 9
Mandatsverlängerung Afghanistan.....11
47. Sicherheitskonferenz..... 12
Bildungsstreik in BaWü.....14
Der Kampf um Befreiung: Sozialistische Förderation..... 16
100. Internationaler Frauentag....17
Nordafrika und der Nahe Osten....19
Anti-Cut Proteste, GB, Interview mit Joana Pinto..... 24
REVOLUTION Activist Guide..... 26
Schwarz auf Weiß: Der Lesetipp John Rees, 10 Tage, die die Welt erschütterten.....31
Infos zum Nazi-Aufmarsch in Dresden / Aufruf nach Dresden....32
REVOLUTION unsere Organisation..... 34
Termine.....35

Editorial

Hallo liebe Leser_innen!

Wir schreiben das Jahr 2011. Dieses Jahr verdient einen solch pathetischen Anfang wahrhaft. Noch vor einigen Monaten hörten wir aus allen Enden und Ecken bürgerliche Politiker_innen, Ökonomen und Unternemer_innen den Aufschwung prophezeien. Die Krise sei vorbei!

Es mag stimmen, dass es in vielen imperialistischen Ländern einen seichten konjunkturellen Aufschwung gibt. Es ist ebenso richtig, wie bestürzend, dass die Kapitalist_innen in fast allen wichtigen Imperialistischen Ländern ihre Krisenprogramme auf Kosten der Arbeiter_innenklasse abladen konnten und ebenso richtig ist es, dass dies in einigen Ländern relativ kampflos geschah.

Doch, die Staatsschulden, die politische Krise und die soziale Verelendung sind ebenso Fakten wie ein leichter konjunktureller Aufschwung. Ebenso ist wäre es falsch anzunehmen, dass die grundlegenden Probleme, wegen denen diese Krise entfacht wurde gelöst wären. Vom Kapitalismus selbst ganz abgesehen, ist es so, dass die *„Überproduktion“*, die für den Kapitalismus selbst zum Hindernis in seinem *„Run“* nach Profiten wird nicht im nötigen Maße beseitigt wurde.

In vielen Ländern gab es starke Kämpfe und einen neuen Kampfgeist der Arbeiter_innen und Jugendlichen gegen die sozialen Angriffe. Und, diese Angriffe sind vielerorts nicht vorbei. Sie werden kontinuieren und wir können von einer Periode von erneuten Kämpfen ausgehen. Kein besseres Beispiel könnten die Aufstände in Nordafrika und im Nahen Osten sein. Von den westlichen Medien oft als Horte des *„bösen Islamismus“* verschrien, offenbarte sich Anfang Februar, wer die eigentlichen Bösen dort sind: die vom Imperialismus gestützten Marionettenregime! Einige von ihnen haben bereits die Flucht angetreten.Ausgelöst wurden die Proteste durch Hunger, Arbeitslosigkeit und — wer würde es erwarten — Eine politische und ökonomische Krise! Doch diese Krisen könne nur in zwei Richtungen gelöst werden, entweder zu Gunsten einer erfolgreichen proletarischen Revolution, mit dem Ziel des Sozialismus oder durch die Konterrevolution, egal welches Gesicht sie haben mag. Einen Zwischenweg gibt es nicht.

Auch in Europa und Deutschland gilt es mehr denn je sich zu organisieren, den Kapitalist_innen und ihren Helfershelfer_innen die Stirn zu bieten. Vielerorts machen die Faschisten mobil. In etlichen Ländern sind weitere Kürzungen zu erwarten. Eine politische Hetzkampagne jagt die andere. Diesem System von Ausbeutung und Unterdrückung muss auch 2011 der Kampf angesagt werden. Daher unser Zeitungsmotto!

Wir wünschen euch viel Spaß beim lesen — und nicht vergessen:

ONE SOLUTION — REVOLUTION

Eure **REVOLUTION** Zeitungsredaktion,
Februar 2011

PS: Denkt dran **REVOLUTION** bringt alle zwei Wochen eine aktuelle Infomail raus. Melde dich an indem du eine Mail an redaktion@onesolutionrevolution.de schreibst.

Smash Fascism!

Wir müssen den Faschismus verstehen, um ihn zu bekämpfen

Ein Artikel von Georg Sax

Berlin, 1930: Das Karl Liebknecht Haus am Tag der Reichtagswahl (Bild: wikipedia.de).

„Halt's Maul du Faschosau!"

Dieser Spruch kommt dir sicherlich bekannt vor. Nahezu jeder politische Jugendliche wird sich schon einmal dabei ertappt haben, wie er oder sie einen autoritären Lehrer, den Polizisten, der die Genossin festnimmt oder einen rassistischen Politiker als *„Fascho"* bezeichnet hat.

Überall in der Geschichte, wo wir den Faschismus als Massenbewegung und sogar als Herrschaftsform des Kapitalismus sehen konnten, war die Gesellschaft durch Krisen erschüttert.

Immerhin liegt diese Bezeichnung nahe, wenn man sich nach dem Duden richtet, der schlichtweg den Faschismus als antidemokratische, nationalistische Herrschaftsform herabdegradiert.
Zwar ist diese Definition nicht wirklich falsch und viele weitere, wie *„rassistisch"*, *„sexistisch"* oder *„homophob"* treffen auch auf den Faschismus zu, aber ist er wirklich nur eine Summe dieser negativen Eigenschaften?
Nimmt man sich nicht die Mittel, um gegen den Faschismus zu kämpfen, wenn man schlicht weg alles Reaktionäre als Faschismus abstempelt? Wenn dem so wäre, dann wäre Sarrazin ebenso ein Faschist, wie es selbst Alice Schwarzer wäre. Auch die Islamisten wären dann genauso Faschisten, wie viele katholische Fundamentalisten und die bürgerliche Demokratie, in der wir momentan leben, wäre nicht weniger faschistisch, als die NS Diktatur von 1933 bis 1945.

Wir wollen jedoch nicht die genannten Institutionen und Personen in Schutz nehmen. Ganz im Gegenteil! Doch eins scheint uns allen klar zu sein: es muss etwas geben, dass den Faschismus von anderen reaktionären Strömungen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft unterscheidet. Denn um gegen ihn kämpfen zu können und die richtigen Taktiken zu entwickeln, bedarf es mehr als einer rein schematischen Charakterisierung, die nicht nur der Duden, sondern ein Großteil der bürgerlichen Gesellschaft bis hin in die Linke teilt. Dieses Verständnis lässt sich nur entwickeln, wenn man dazu in der Lage ist, unter die Oberfläche des Faschismus zu blicken. Ihn nicht nur als Summe von negativen Eigenschaften zu sehen, sondern eine Analyse seines Klassencharakters zu wagen, die ihn als eine spezielle Erscheinungsform des Kapitalismus beleuchtet. Ihn zu mystifizieren, wie es die bürgerliche Gesellschaft, genau wie die Faschisten, tut, wird uns hierbei nicht helfen.

Krisen, Elend, sozialer Absturz...

Überall in der Geschichte, wo wir den Faschismus als Massenbewegung und sogar als Herrschaftsform des Kapitalismus sehen konnten, war die Gesellschaft durch Krisen erschüttert. Anfang der 20er Jahre, kurz nach dem ersten Weltkrieg, lebte ein übergroßer Teil der Arbeiterklasse, aber auch der Mittelschichten in Europa in Armut. Etliche Landreformen und Lebensmittelkrisen hatten viele kleine Bauern in den Ruin getrieben.

In den Städten verarmten ganze Schichten des städtischen Kleinbürgertums, wie Handwerker oder Teile der Intellektuellen. Im Kontrast zu Zeiten Mitte des 19. Jahrhunderts konnten diese aber nicht einmal in die Arbeiterklasse fallen, die selbst von Tag zu Tag, durch Entlassungen oder

Werksschließungen, immer weiter ausgedünnt wurde. Die Konsequenz war die Verarmung des Kleinbürgertums. Ebenso rutschte auch die Arbeiterklasse immer weiter in die Armut. Während unter den Arbeitern das Vertrauen in die einstige Arbeiterführer der reformistischen und sozialdemokratischen Parteien bröckelte, fand auch im Kleinbürgertum eine Art Radikalisierung statt.

Das Vertrauen in die bürgerliche Demokratie, die nicht dazu in der Lage war, die entstandenen Probleme zu lösen, schwand. Eine Reform jagte die andere. Ein Kabinett wechselte zum nächsten. Nicht nur das die bürgerliche Demokratie niemals im Sinne der Arbeiterklasse und der Bevölkerung hätte sein können, war sie auch immer schlechter für die Durchsetzung der Interessen des Kapitals geeignet.

Denn der Kapitalismus als solches war in Verruf. Er schien nun offener als je zuvor aufzuzeigen, dass er keine Perspektive für die Menschheit war. Die Arbeiterklasse spürte dies, aber auch das Kleinbürgertum. Problematischerweise gab es jedoch keine signifikante revolutionäre Kraft in etlichen Ländern, die eine attraktive Alternative bieten konnte.

Falls ja, dann war sie meist nicht dazu in der Lage, die Sozialdemokratie offen zu entlarven und große Teile der Bevölkerung hinter sich zu bringen. Erschwert wurde dies durch die Tatsache, dass bereits viele kommunistische Parteien unter die Kontrolle der stalinistischen Bürokratie gekommen waren. Die Folge waren sektiererische Schwenks gegenüber den großen Gewerkschaften oder den reformistischen Parteien. So war es einerseits unmöglich eine starke Einheitsfront gegen den Faschismus aufzubauen, andererseits blieb die revolutionäre Bewegung oft isoliert von der großen Masse der reformistisch geführten Arbeiterklasse. Die Konsequenz ist uns allen bekannt.

Arbeiterbewegung: versagen auf voller Linie!

Trotzky, ein Revolutionär der Oktoberrevolution und einer der bedeutendsten Analytiker des Faschismus meinte einmal, dass das Erstarken des Faschismus zwei primäre Ursachen hätte:

„Das Erstarken des Nationalsozialismus ist ein Ausdruck von zwei Faktoren: eine tiefe soziale Krise, die das Kleinbürgertum tief erschüttert und das Fehlen einer revolutionären Partei, die als annerkannte Kraft von den Massen der Bevölkerung gesehen wird. Wenn die kommunistische Partei die Partei der revolutionären Hoffnung ist, dann ist der Faschismus als Massenbewegung, die offene Bewegung der Konterrevolution. Wenn die revolutionäre Hoffnung die Arbeitermassen erfüllt, dann wird sie auch große Teile des Kleinbürgertums hinter sich ziehen. In der genannten Zeit war jedoch das Gegenteil der Fall: konterrevolutionäre Verzweiflung erfüllte die Massen des Kleinbürgertums und zog große Teile der Arbeiterklasse hinter sich...“ (Aus The Turn in the communist International and the German Situation, 1930).

Die gescheiterten Revolutionen in Europa Anfang der 20er Jahre bedeuteten sicherlich einen Kompromiss zwischen den Klassen in vielerlei Hinsicht, trotzdem mussten sie als Niederlage für die Arbeiterklasse gesehen werden. Verschuldet war diese Niederlage den reformistischen Parteien, wie der SPD in Deutschland oder der PSI in Italien. Die Führer dieser Parteien hatten ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen und wähnten sich in einer sicheren Position. Doch die Krise in Europa ließ diese Sicherheit hinwegschmelzen und wurde für die Kapitalisten zur Notwendigkeit, die sich erhebende Arbeiterklasse zu bändigen, ja ihre Organisationen zu zerschlagen, jene verräterischen Parteien eingeschlossen. Der erstarkende Faschismus schien nach und nach immer größeren Fraktionen des Kapitals ein geeignetes Mittel zu sein, um dies zu erreichen. Ohne Frage wäre die Arbeiterklasse stark genug gewesen, um die Faschisten zurückzuschlagen, immerhin besaß sie selbst riesige Selbstverteidigungsorganisationen. Doch während die Sozialdemokratie damit beschäftigt war, sich selbst als Hüter der bürgerlichen Demokratie zu verstehen und die eigene Basis vielerorts aus Angst vor Revolution demobilisierte, versäumten es die kommunistischen Parteien, Einheitsfronten mit der Sozialdemokratie zu schließen und im gemeinsamen Kampf die Faschisten zu bezwingen, aber auch die Arbeiter_innen von ihrer reformistischen Führung in der gemeinsamen Aktion wegzubrechen.

Charakter des Faschismus?

Die verelendeten Schichten des Kleinbürgertums suchten verzweifelt nach Auswegen aus ihrer scheinbar auswegslosen Situation. Eine vielversprechende Kraft schien vielen die faschistische Bewegung zu sein. Diese hüllte sich selbst, ähnlich wie heute, in antikapitalistische Phrasen. Sie wetterte gegen ausländisches Finanzkapital und schuf alle möglichen Schreckgespenster, um von den grundlegenden Klassenwidersprüchen abzulenken. Traurigerweise konnte sie mit dieser Strategie bei großen Teilen der Mittelschichten, die oft politisch verunsichert waren, Gewinne verbuchen.

Der Faschismus, oft als Hydra mit Hitlerkopf dargestellt, war mehr als ein Haufen autoritärer Nazis mit Hang zum Führerkult

Der Faschismus, oft als Hydra mit Hitlerkopf dargestellt, war mehr als ein Haufen autoritärer Nazis mit einem Hang zum Führerkult. Er war eine Massenbewegung des Kleinbürgertums. Jedoch hatte der Faschismus kein Interesse daran, die Ursachen der Armut seiner Anhänger wirklich darzulegen. Er hatte natürlich keine Ambitionen, die Eigentumsverhältnisse in einem revolutionären Sinn zu verändern und war daher eine reaktionäre Bewegung. Die inhaltliche Schwäche seines Programms überdeckte der deutsche Faschismus

1. April 1933: SA-Männer bekleben das Schaufenster eines jüdischen Geschäfts mit antisemitischer Propaganda (Bild: wikipedia.de)

zum Beispiel mit dem Antisemitismus. In ihm fokkussierte sich die faschistische Ideologie: er appellierte an die als *„germanische Rasse“* verbrämte Nation, lenkte vom Klassenwiderspruch ab, versprach die Ausschaltung unliebsamer jüdischer Konkurrenz, lieferte einen Sündenbock und stärkte zugleich das *„Selbstwertgefühl“* der von Kriegsniederlage und Krise Gebeutelten. Das gefährliche und spezifische am Faschismus war jedoch, dass er seine Anhänger nicht nur zu den Wahlurnen bewegte, sondern vor allem für Aktionen und Terror gegen die Arbeiterklasse und ihre Organe mobilisierte. Zu Beginn standen nur kleine Teile der Kapitalist_innen hinter den Faschisten. Erst als die bürgerlichen Demokratien immer mehr schwankten und die Gefahr, dass die Arbeiterklasse den Kapitalismus stürzen könnte zu groß wurde, setzten große Teile des Kapitals auf die Faschisten.

Dabei war ihnen bewusst, dass der Faschismus, einmal an der Macht, expansionistische Züge hätte und den Imperialismus, wie Trotzky einst sagte, als *„chemisches Destillat“* verkörpern würde. Eines war klar: dieses Programm enthielt von Beginn an die Gefahr einer revolutionären Gegenwehr zur Arbeiterklasse. Doch keine andere bürgerliche Kraft war dazu in der Lage, den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen, auch wenn dies die vollkommene (nicht unerwünschte) Zerschlagung all ihrer Organisationen bedeutete.

„Der deutsche wie der italienische Faschismus stiegen zur Macht über den Rücken des Kleinbürgertums, das sie zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie zusammenpressten. Aber der Faschismus, einmal an der Macht, ist alles andere als eine Regierung des Kleinbürgertums. (...) Die gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel (...) im Interesse des Imperialismus (Kapitalinteressen; Anmerkung der Redaktion) duldet keinen Widerstand von innen.“ (Trotzky Portrait des Nationalsozialismus)

Beispiel Dresden: verfehlter Widerstand.

Unter diesen Gesichtspunkten ist es auch lächerlich anzunehmen, man bräuchte eine stärkere, eine "wehrhafte" Demokratie, um den Faschismus zurückzuhalten. Beide sind im Endeffekt Mittel ein und der gleichen Klasse, nämlich des Kapitals, um ihre Profitinteressen zu Ungunsten der Menschheit durchzusetzen.

Wie sich diese Demokratie gegenüber ehrlichem Antifaschismus verhält, haben wir in der Vergangenheit oft genug gesehen. Auch dieses Jahr wurden bereits etliche Linke mit Anzeigen seitens der Staatsanwaltschaft konfontiert, weil sie in die Vorbereitungen und Durchführung der Blockaden gegen den Naziaufmarsch 2010 in Dresden involviert waren. Auch Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz sieht dies änlich und forderte bereits im letzten Jahr eine Entpolitisierung der Gedenkfeierlichkeiten für die Opfer der Zerbombung Dresdens. Damit verkennt sie die Tatsache, dass die Faschisten nicht spaßeshalber auf die Straße gehen, sondern um ihren Terror auf der Straße durchzusetzen. Dieses Denken hat jedoch nicht seinen Ursprung in einer falschen politischen Position, sondern einem bürgerlichen Klassenstandpunkt.

Lichterketten werden die Faschisten nicht aufhalten. Wer den Opfern des Faschismus, einen Großteil der deutschen Bevölkerung inbegriffen, gedenkt, indem man eine Entpolitisierung fordert und gleichzeitig auf der Straße das Demonstrationsrecht für Faschisten mit Polizeigewalt durchsetzt, macht sich in Wahrheit

Dresden, 13. Februar 2010: Anti-Nazi-Blockade am Albertplatz (Bild: REVOLUTION).

zu deren Steigbügelhalter. Aber auch in der Linken scheint ein anderer Mythos weit verbreitet zu sein. Der Mythos, dass man den Faschismus als Bewegung mit kleinen gezielten Aktionen aufhalten könne. Dies ist am Rande auch ein Trugschluss, dem viele Kommunisten Anfang der 30er auf den Leim gingen. Zwar ist es richtig und sogar unabdingbar, antifaschistische Selbstverteidigungstrukturen auf jedem Dorf und in jedem Stadtbezirk aufzubauen. Diese allein und vereinzelt können den Faschismus als Bewegung, die in ihrem Endstadium von Militär, Polizei und dem Kapital unterstütz wird, jedoch nicht aufhalten.

United we Stand, Devided we Fall!

Eines muss uns klar sein. Faschistische Großaufmärsche und die gesamte Bewegung können nur durch die vereinte Aktion der gesamten Arbeiterklasse gebrochen werden. Dazu Bedarf es auch keines *„bürgerlich demokratischen Bündnisses“*, wie es an vielen Stellen unter anderem auch die DKP propagiert. Es ist vor allem wichtig, die Gewerkschaften und auch die reformistischen Parteien, wie Linkspartei oder die SPD für Mobilisierungen auf der Straße zu gewinnen. Das bedeutet natürlich auch eine konsequente Arbeit in den Gewerkschaften und in den Betrieben, die viele Antifa-Strukturen nur all zu oft scheuen.

Diese Scheu erklärt sich aus der Angst, gemeinsame Sache mit den Reformisten zu machen. Doch die reformistische Führung der Arbeiterklasse, verkörpert durch die Bürokratie der Gewerkschaften und der SPD/ LINKE wird nicht durch isolierte Kleinaktionen gebrochen. Sie wird durch den gemeinsamen Kampf gegen einen gemeinsamen Feind gebrochen. Gerade in der Praxis wird es Revolutionären leicht fallen, mit einer offenen Propaganda und klaren Losungen, die Schwäche der Reformisten aufzuzeigen. Gerade das ist einer der Gründe, warum sich viele dieser Parteien und Bürokraten oft vor Protesten fürchten.

In diesen Bündnissen müssen Revolutionäre jedoch immer offen für ihre Position eintreten. Sie dürfen sich nicht der angeblichen Übermacht der Bürokraten ergeben. Einige dieser Positionen wären:

- Die Organisierung von antifaschistischen Komitees in allen Stadtteilen und auf den Dörfern, die die Selbstverteidigung vor Faschisten organisieren und die Umgebung sicher machen!
- Direkte Aktionen von Arbeiter_innen, Jugendlichen, Migrant_innen und der ansässigen Bevölkerung zu propagieren, um den faschistischen Terror zu stoppen!
- Das Eintreten für Massenaktionen, die gezielt und militant die Faschisten von der Straße treiben und sie nicht nur blockieren!
- Das Verständnis, dass der Faschismus eine Bewegung ist, die letztendlich die Interessen des Kapitals vertritt und der Schluss, dass es einer revolutionären Bewegung und einer Partei bedarf, die nicht nur die Faschist_innen hinwegfegt, sondern auch dem Kapitalismus den Kampf ansagt! Antifaschismus heißt Klassenkampf!
- Der Kampf gegen den Faschismus ist daher direkt mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verknüpft. Für diesen Kampf brauchen wir nicht nur Selbstverteidigungsorgane und kämpferische Gewerkschaften. Wir brauchen auch eine bewusste Kraft, die für diese Errungenschaften kämpft. Das kann nur eine revolutionäre Partei sein, die in ihrem Kampf von ihren Partner organisationen, wie zum Beispiel einer revolutionären Jugendorganisation, unterstützt wird.
- In Situationen, in denen sich der Faschismus erhebt stellt sich nicht die Frage, ob bürgerliche Demokratie oder Faschismus. Es stellt sich die Frage *„Sozialismus oder Barbarei“*. Diese Frage kann für uns nur durch eine proletarische Revolution gelöst werden.

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Antifa heißt Klassenkampf!

Chaoten und Kommunisten?

Oder: Die Angst vor der Militanz

Berlin, 2. Februar 2011: Liebig-Soli-Demo (Bild: flickr.com / Mikael Zellmann).

In den letzten Monaten konnten wir eine erfrischende Woge von großen Protesten auf den Straßen Deutschlands sehen. Zehntausende wurden durch die Kampagne „Castor Schottern“ erfolgreich gegen die Gastorproteste ins Wendland mobilisiert. Auch in Stuttgart konnten wir förmlich eine Massenbewegung sehen, die wochenlang zehntausende auf die Straßen brachte und immer noch das Potential hat diese zu mobilisieren. Ebenso letztes Jahr in Dresden, als 12.000 Menschen die Faschisten erfolgreich blockierten und ihnen so einen wichtigen Rückschlag verpassen konnten.

Obwohl die großen Gewerkschaften und Parteien, wie die LINKE oder die SPD kaum mobilisierten waren vielerorts Proteste zu verzeichnen. Es gab Demonstrationen, gegen die immer schärfer zunehmende ökologische Krise, Krieg und Sparpakete. Organisiert wurden diese Proteste oft von Linken, Kommunist_innen und kämpferischen Arbeiter_innen. Da ist es beinahe kein Wunder, dass heute schärfer denn je die etablierten Medien und Politiker aus dem rechten Lager mobil machen. In den Vordergrund rückt eine Panikmache gegen „Chaoten und Gewalttäter“, die die Demokratie gefährden würden. Dabei wird vor allem versucht zu suggerieren, dass Linke die Proteste nur für *„ihre ominösen Zwecke“* nutzen wollten. So wird versucht zu verschleiern, dass diese direkt aus der Mitte des Widerstandes gegen die sozialen Angriffe dieser *„Demokraten“* kommen. Das Ziel soll es sein den Widerstand zu spalten, in Böse und Gute. Das Prinzip ist auch unter *„Teile und herrsche“* bekannt.

Dabei muss uns eines klar sein: Die *„Bösen“* sind diejenigen, die unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie einer Minderheit Fette Profite gewähren auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Nicht die Autonomen, Kommunisten oder auch gerne Chaoten genannten Menschen, die sich gegen Kürzungen und Klassenkampf von oben wehren sind die Antidemokraten. Das sind jene, die in den Chefsesseln sitzen, die Fette Boni erhalten, während sie Gehälter, Sozialausgaben oder Arbeitsplätze streichen. Antidemokraten sind die, die gewaltsam Proteste, egal ob friedlich oder militant mit massiver Polizeigewalt zurückschlagen, um ihre undemokratisch gefällten Reformen zu verteidigen, gegen die sich Widerstand regt.

Moment mal, egal ob militant oder friedlich? Ja egal! Wir sagen nicht, dass es jederzeit angebracht sich militant zu verhalten. Wir kritisieren sogar viele Linke für den unbedachten Einsatz von Gewalt. Aber für uns ist Gewalt ein taktisches Mittel, ein Mittel, gegen ein Gesellschaftssystem, dass mit Gewalt eine Mehrheit unterdrückt. Wenn Faschisten ihren Terror auf der Straße verbreiten, dann ist das Gewalt. Wenn der Boss die Belegschaft entlässt, ist das auch Gewalt. Ebenso verhält es sich mit der Gewalt, wenn Arbeitslosen die Hilfen weggekürzt werden. Oder ist es etwa keine Gewalt, wenn unsere Demokratien Krieg gegen andere Völker führen und hunderttausende Aufgrund des Kapitalismus jährlich verhungern?

Der Kapitalismus besteht aus Gewalt, wie überall, wo eine Minderheit über eine Mehrheit herrscht. Dabei ist es egal, ob seine Herrschaftsform die bürgerliche Demokratie oder eine Diktatur ist, auch wenn der Ausdruck ein anderer ist. Um ein System zu bekämpfen, dass sich mit Millionen von Polizisten und hundert-

tausenden Soldaten schützt, gehört leider auch Gewalt. Wer einer Bewegung das vorenthält, der führt sie in eine Illusion und wenn es hart auf hart kommt auch in den Tod.

Beängstigend an dieser Debatte ist jedoch weniger das es sie gibt, sondern vielmehr das sie oft Früchte innerhalb der Linken selbst trägt. Es ist immerhin nicht das erste mal in der Geschichte, dass die Herrschenden versuchen mit Hetze und Verleumdung den Widerstand zu spalten. Beängstigend ist vielmehr, wie die *„offiziellen“* Vertreter der Proteste, wie Grüne, Gewerkschaften oder Linkspartei, nicht müde werden sich von Gewalt oder Chaoten zu distanzieren. Zwar mag es wie gesagt stimmen, dass manchmal auch von einigen Linken Gewalt falsch eingesetzt wird, aber es ist genauso falsch aus diesem Grund einer Bewegung das Recht auf Selbstverteidigung oder Militanz abzusprechen. Wer das tut der stimmt nur der rechten Meinungsmache oben genannter Politiker und Medien zu.

Genau das scheint man auch gerade vehement, um die Gegenproteste in Dresden zu versuchen. Ein Gelöbnis aller Organisatoren der Blockaden auf Gewaltfreiheit. Trauriger weise steigen viele von ihnen genauso darauf ein, wie die Linkspartei bemüht war sich vom ausgesprochenen Tabuwort *„Kommunismus“* zu distanzieren.

Anstatt auf die Gewalt der Polizei in der Vergangenheit zu verweisen und die Repression anzuprangern, die der Staat bei jeder Naziblockade oder Großdemonstration durchsetzt, wird auf die Besonnenheit der Polizisten in diesem Jahr gebeten. Es wird nicht von den erfolgreichen Blockaden der vergangenen Jahre geredet, die es Nazis verunmöglichte ihre Märsche durch verschiedenste Städte stattfinden zu lassen, die auch mit Gewalt gegen Polizei und Faschos verteidigt wurden. Stattdessen verliert man sich in Lippenbekenntnissen des friedlichen Protestes und der Gewaltfreiheit. Damit nimmt man sich das nötige Mittel, Faschisten wirklich von der Straße zu vertreiben, genauso, wie man die Illusion schürt, dass die Polizei und dieser Staat auf der Seite des Bürgers stehen würden, gegen die er sich nicht zu verteidigen braucht.

Die Konsequenz ist bekannt: Spaltung, Verunsicherung und Illusionen werden geschürt.

Daher sagen wir:

- Um gegen Faschisten und den bürgerli chen Staat zu kämpfen kann Gewalt ein nötiges Mittel sein. Ein Streik verkörpert Gewalt, eine Großdemonstration tut es, genauso wie ein Faschist, der von der Straße vertrieben wird!
- Keine Illusionen in Polizei und Staatsgewalt. Sie sind nicht unsere Beschützer, sondern unsere Unterdrücker!
- Um uns vor Übergriffen zu verteidigen brauchen wir Selbstverteidigungsorgane. In einer revolutionären Situation muss die Arbeiterklasse und die Bevölkerung Milizen aufbauen, um sich gegen Übergriffe von Militär und Polizei zu verteidigen!
- Für organisierte Aktionen des Widerstandes gegen den Kapitalismus und seine Folgen. Organisiert die Demonstrationen gegen Übergriffe der Polizei. Für Ordnerstrukturen und kollektive Einsatzleitungen der Bewegung, delegiert von den teilnehmenden Organisationen und (Bezugs-) Gruppen!

Müllers Wunderbare Welt der Politik

Diesmal: 1,2,3 — faules Ei...

Eines der bekanntesten Kinderspiele ist *„faules Ei“*. Früher haben das wahrscheinlich einige von euch als Kinder im Kindergarten oder auf Kindergeburtstagen gespielt. Was hat das ganze mit Politik zu tun hat? Mehr als man denkt! Anfang des Jahres wurde einer der wohl größten Lebensmittelskandale in der Geschichte der BRD aufgedeckt: der sogenannte *„Dioxin-Skandal“*.

Der norddeutsche Futtermittelhersteller Harles und Jentsch hatte bei der Herstellung von Tierfutter *„versehentlich“* Fett verwendet, dass eigentlich zur Herstellung von Industriefett gedacht war. Daraufhin brach eine selten dagewesene Hysterie in den bürgerlichen Medien los, dass man sich wirklich ernsthaft Gedanken machen musste, ja kein *„faules Ei“* als Frühstücksei zu haben.
Selbiges, also das *„faules Ei“*, liegt derzeit auch bei der FDP. Anlässlich von nur noch 3% Wähler_Innen- *„Zustimmung“* fragt man sich derzeit bei der FDP, was eigentlich faul ist. Würde Westerwelle sich einmal in seiner Partei einmal genauer umsehen, so würde er mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ein *„faules (Dioxin-) Ei“* in seiner Partei vorfinden (Er selbst?). Schließlich gibt es in der FDP ja genug *„faule Eier“*. Wenn er keine *„faule Eier“* findet, kann er es auch mit Flaschen probieren. Da wird er in den eigenen Reihen sicherlich schnell fündig...

Wie ein rohes Bio-Ei muss sich hingegen Gesine Lötzsch vorgekommen sein, nachdem sie erklärt hatte, sie wolle den Kommunismus in Deutschland einführen. Allerdings wurde die Arme vollkommen falsch verstanden, da sie eigentlich *„nur“* den Sozialismus auf Basis des Grundgesetzes einführen wolle. Eine Idee, die den bürgerlichen Medien mindestens genauso geschmeckt hat, wie ein Dioxin-Ei.

Leute, die keine Ahnung haben.

Die Empörung über den Kommunismus

Ein Artikel von Ernesto

Berlin, 24.1.2011: Antikommunisten demonstrieren und werden von Linken parodiert...

Der berühmte erste Satz des kommunistischen Manifestes ist schon oft zitiert worden. Die Empörung der großen Parteien und der Medien über den Beitrag von Gesine Lötzsch mit der Überschrift *„Wege zum Kommunismus“* lassen aber tatsächlich erahnen, dass das *„Gespenst des Kommunismus“* wieder einmal aufgetaucht ist. Dabei entblößen praktisch alle Parteien, die Linkspartei eingeschlossen, in ihren Beiträgen, dass sie entweder keinerlei Ahnung haben, oder aber bewusste Fehlinformation betreiben, wenn sie über jenes *„Gespenst“* reden.

Auslöser

Der Auslöser war, Gesine Lötzsch´s Beitrag *„Wege zum Kommunismus“* , den sie in der Jungen Welt im Rahmen der alljährigen *„Rosa-Luxemburg-Konferenz“* in Berlin veröffentliche. Dort schrieb sie über ihre Auffassungen, wie wir zum Kommunismus gelangen könnten. *„Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung. Auf jeden Fall wird es nicht den einen Weg geben, sondern sehr viele unterschiedliche Wege, die zum Ziel führen. Viel zu lange stehen wir zusammen an Weggabelungen und streiten über den richtigen Weg, anstatt die verschiedensten Wege auszuprobieren.“*

Die radikale Rethorik auf der einen Seite verband sie mit einer Werbung für das reformistische Programm der Linkspartei auf der anderen Seite:

Einer Welt, die privilegierte Zentren herausbildet, sich in Festungen einmauert und globale Unsicherheit verursacht, werden wir nur entkommen, wenn sich Zusammenarbeit und gemeinsame Entwicklung durchsetzen. Dafür sind im Entwurf des Parteiprogramms der Partei Die Linke viele Vorschläge erarbeitet worden.“

Reaktionen und Reaktion

Die Reaktionen der anderen großen Parteien waren einhellig „Empörung“. Praktisch alle sprachen davon, dass die Linkspartei *„Zweifel an ihrer demokratischen Grundorientierung“* zuließe. Am Freitag, den 21.01.2011 gab es eine Bundestagsdebatte zu dem Thema. Vor allem CDU/CSU und FDP, aber auch die SPD stellten in ihren Beiträgen die *„vielen Opfer des Kommunismus“* in den Mittelpunkt und die Verbrechen, die in diesem Namen begannen wurden. Die FDP stellte klar, dass der Kommunismus eben nicht eine gute Idee gewesen sei, die schlecht umgesetzt wurde, sondern eine *„menschenverachtenden Ideologie“*.

Es ist wirklich zum verrückt werden, wie in der herrschenden Politik mit dem Begriff des Kommunismus umgegangen wird. Das, was alle Parteivertreter_innen ausnahmslos anprangerten, war und ist der Stalinismus. Das diese Quacksalber außen vorlassen, dass der Stalinismus nichts mit Sozialismus, den Theorien von Marx, Engels, Lenin und der revolutionären Praxis der Arbeiterbewegung zu tun hatte. Es geht hier nicht um eine kritische Aufarbeitung der Begangenen Fehler, dem Kampf gegen die Degeneration innerhalb der Arbeiterbewegung. Es geht um einen Kampf gegen die Arbeiterbewegung selbst. Diesmal aber mit Heuchelei, die Opfer betreffend und Hetze gegen Kommunist_innen.

Doch wieso wird eigentlich so viel Wind gemacht um die Äußerungen der Linkspartei-Vorsitzenden? Die Herrschenden scheinen sich nicht gerade Wohl dabei zu fühlen, dass der Kommunismus

als Alternative zum Kapitalismus allzu öffentlich geführt wird. Und da haben sie Recht! Der Kapitalismus steckt in seiner schwersten Krise seit dem 2. Weltkrieg und ist global nur noch mit extremer Waffengewalt aufrecht zu erhalten. Jeden Tag sterben Tausende von Menschen an Hunger oder Krankheiten, die längst geheilt werden könnten. Und in den reichen Ländern mussten gerade die Regierungen gewaltige Geldsummen verschenken, um das Finanzkapital und den Kapitalismus zu retten. Das müssen sie bei der Arbeiterklasse wieder raus pressen. Ein Land nach dem anderen verfällt in schwere Krisen und revolutionäre Erhebungen (Sri Lanka, Pakistan, Burma, Bolivien, Frankreich, Griechenland, Tunesien, Albanien...). Zusätzlich schlittern wir in eine ökologische Krise, die in der Geschichte einmalig sein wird.

Die Vertreter_innen der Bourgeoisie

Jedoch wurde der Kommunismus aber von der LINKEN selbst in Spiel gebracht. Er Stand im Raum und irgendwer aus dem bürgerlichen Lager musste die Initiative ergreifen, bevor es vielleicht die Kommunist_innen selbst täten. Vor diesem Hintergrund war es nur allzu verständlich, dass es den bürgerlichen Politiker_innen daran gelegen war, den Kommunismus mit Unterdrückung, Ausbeutung, Überwachung etc. gleichzusetzen. Damit wurden auch CDU/CSU und FDP ihrer Aufgabe als Vertreter_innen des Kapital mit offensiver Taktik begegnet.
Besonders beschämend, aber auch bezeichnend, waren die Äußerungen der SPD dazu. Sigmar Gabriel gab am 07.01.2011 der Süddeutschen Zeitung ein Interview, indem er Koalitionen mit der Linkspartei aufgrund von den Äußerungen von Lötzsch eine Absage erteilte. *„Wer glaubt, den Kommunismus ausprobieren zu müssen, sei es in der Regierung oder der Opposition, dem kann wohl niemand mehr helfen."* Auch hier gab es wieder eine völlig unreflektierte und einfach übernommene Verwendung des Begriffs. Es war schon traurig, solchen Humbug von dem Vorsitzenden der SPD zu hören, der ersten sozialistischen Partei der Arbeiterklasse in Deutschland. Lang ist es her, dass die SPD den revolutionären Sturz des Kapitalismus und die Enteignung der Betriebe unter Arbeiterkontrolle forderte. Diese Partei des Reformismus ist das Spiegelbild des Stalinismus, die zur Verteidigerin und Retterin des Kapitalismus verkommen ist, und damit hilft diese Weltordnung sicher zu stellen, die die Menschheit daran hindert, die Früchte ihrer Arbeit zu ernten.

Und die Linke?

Wir könnten der Linkspartei eigentlich dankbar sein, dass sie diesem Thema Öffentlichkeit schenkte. Aber auch ihr Verhalten in der Debatte war leider alles außer kommunistisch. Lötzsch ruderte sofort nach der Medienreaktion zurück und räumte ein, dass der Beitrag zu unkritisch gewesen sei. Gregor Gysi stellte klar, dass der Kommunismus für die Linkspartei kein positiver Begriff sei. Anstatt bei geeigneter Öffentlichkeit die Chance zu nutzen, den Begriff des Kommunismus zu verteidigen und die Scheinheiligkeit des Kapitalismus zu entlarven, redete Gysi sich raus und zitierte den nichtssagenden, verwässerten Begriff des *„demokratischen Sozialismus"*.

Das zeigt, dass diese Partei eigentlich auch gar nichts damit zu tun haben will. Auch der Text von Lötzsch offenbart ihr Verständnis von *„revolutionärer Realpolitik"*. *„Was hier durch Rosa Luxemburg in der konkreten Situation einer unvollendeten Revolution und der absehbaren Defensive formuliert wurde, ist eine Politik, die sie selbst »revolutionäre Realpolitik« nannte – ausgehend von den dringenden Nöten der Arbeiter und großer Teile der Bevölkerung soll an Lösungen gearbeitet werden, die deren Lage spürbar verbessern und zugleich zu einer strukturellen Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse führen. „*

Worunter Rosa Luxemburg Übergangsforderungen ansprach, die die Arbeiter_innen aus ihren täglichen Kämpfen heraus mit dem revolutionären Umsturz des Kapitalismus konfrontierten, versteht Gesine Lötzsch eine Freikarte für ihre reformistische Politik. So preist sie die Vorschläge der Linken zur Lösung der Finanzkrise als eine solche *„revolutionäre Realpolitik"* an. Vorschläge, die den Kapitalismus in seiner schwersten Krise retten, anstatt ihn zu stürzen. Sie setzt *„öffentliches Eigentum"* mit Gesellschaftseigentum gleich. Sie sagte nichts über Räte und Komi-

Literatur

"The Road to Revolution"

Unser internationales Manifest, auf dessen Grundlage unsere Organisation steht.

www.onesolutionrevolution.de ➔ Publikationen

"Vom Widerstand zur Revolution"

Programm der Liga für die 5. Internationale.

www.arbeitermacht.de

tees, die die Betreibe übernehmen und unter eigener, demokratischer Regie weiterführen sollen. Sie sagte erst recht nichts über die Enteignung der Bourgeoisie und die Verteidigung gegen Staat und Kapital. Die konkrete Vision einer Räterepublik kam in ihrem Beitrag nicht vor.

Welche Wege zum Kommunismus?

Die Frage nach konkreten Forderungen zum Sturz des Kapitalismus wurde bei Lötzsch nicht zufällig vermieden. Wir sollten die Chance nutzen, um die Debatte offensiv zu führen und den wissenschaftlichen Kommunismus im Gegensatz zu Kapitalismus als System und Reformismus, aber auch Stalinismus, als Methode zu führen. Welche Forderungen müssen wir stellen, um unsere Ziele zu verwirklichen, welchen Weg sollten wir einschlagen?

Eines ist dabei klar: einen Weg zum Kommunismus über das Parlament gibt es nicht. Wer glaubt einen Staat und seine Institutionen für den Weg des Kommunismus zu nutzen, der einzig und allein entstand, um das Interesse einer herrschenden Klasse zu realisieren, der hat sich bereits auf den Weg zum Reformismus begeben. Ein Weg, der in Klassenkollaboration und Verrat endet. Das beste Beispiel deutscher Geschichte ist wohl die SPD, die fast hundert Jahre nach ihrem Verrat sich ganz unverblümt gegen den Kommunismus, aber auch ihre kleine reformistische Schwesterpartei, die LINKE ausspricht.

Wer den Kommunismus wirklich erfassen, aber auch die Geschichte der Arbeiterbewegung kritisieren will, der muss unweigerlich mit einer Klassenanalyse und einer Kritik der momentanen Gesellschaft aufwarten. Zu nichts von dem sind alle der beteiligten in der Diskussion fähig oder Willens gewesen, obwohl sie eine gute Gelegenheit für Linke, Gewerkschafter und die Arbeiterbewegung gewesen wäre mit einer Jahrzehnte andauernden Hetze gegen den Kommunismus aufzuräumen.

Der Krieg geht weiter...

Mandatsverlängerung des Afghanistankrieges der Bundesrepublik

ISAF-Einsatz in Afghanistan: Bundeswehrsoldaten auf Patrouille bei Mazar-e Sharif.

Die NATO führt mit Deutschland seid nunmehr neun Jahren Krieg in Afghanistan. Aufgrund massiver Proteste der Bevölkerung innerhalb und außerhalb Afghanistans wurde die Diskussion um einen Truppenabzug im Bundestag noch einmal aufgeworfen.

Nun wurde das Mandat jedoch um ein weiteres Jahr verlängert. Die Bundesregierung und zu Guttenberg sprachen wieder von der Gefahr des Terrors und der Errichtung einer Demokratie. Ein konkretes Datum für einen Abzug sei dem Verteidigungsminister auch *„völlig wurscht“,* solange die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt sein. Bürgerliche Parteien wie die SPD sahen eine Chance für Afghanistan durch die NATO-Einsätze, also letzten Endes durch die herrschenden Weltmächte, dem Land durch Krieg den Frieden zu bringen.

Dies ist nun jedoch schon die zweite Mandatsverlängerung und wird wahrscheinlich auch nicht die Letzte gewesen sein. Somit wird offensichtlich, welche Ziele hierbei verfolgt werden: Afghanistan ist ein wichtiger geostrategischer Punkt und eine weitere Möglichkeit der imperialistischen Weltmächte, wie Deutschland, sein Netzwerk aus Halbkolonien zu erweitern. Es ist reich an Rohstoffen, eine billige Produktionsstätte und in absehbarer Zeit Mitbesitzer einer Gas-Pipeline um auch in Zukunft ein Spielball imperialer Großmächte zu sein.

Afghanistan ist das fünftärmste Land der Welt, die Alphabetisierungsrate ist durch den Krieg von 27,8 auf 23,5% gefallen, nur 25% der Bevölkerung haben Zugang zu sauberem Trinkwasser und die Arbeitslosigkeit liegt bei über 40%. Angebliche Projekte zur Verbesserung der Lage der Frauen in Afghanistan lassen nach wie vor auf sich warten, während im gleichen Zug die Infrastruktur durch Bomben der NATO zerstört wird. Diese Zahlen sprechen für sich.

Während die Bevölkerung Afghanistans ums nackte Überleben kämpft, reiben sich weltweit Manager die Hände weil der Geldhahn wieder ein Stück weiter aufgedreht wurde. Somit wird klar, welche Interessen die USA und die NATO hierbei vertreten: die Interessen des weltweiten Finanzkapitals.

47. Sicherheitskonferenz in München

Den Militaristen und Kriegstreibern entgegen stellen!

Ein Artikel von Tobi Hansen

Jedes Jahr am ersten Februarwochenende trifft sich die kapitalistische Politik/Militär Elite in München zur sogenannten *„Sicherheitskonferenz“* (kurz SiKo). Neben zahlreicher politischer Prominenz der NATO Staaten geben sich dort Rüstungslobbyisten und die *„Think Tank's“ (*zu deutsch: *„Denkfabrik“,* Anmerkung der Redaktion) die Intellektuellen von NATO und Rüstungsindustrie, die Klinke in die Hand — *„Bedrohungskonferenz“* wäre eher angemessen als Titel.

Dort wird diskutiert und bestimmt, gegen wen die westlichen NATO-Staaten in den Krieg ziehen, wie die aktuellen Besatzungsregime und Einsätze koordiniert werden und welche künftigen *„Bedrohungen“* oder Aufgaben für die NATO Kriegsallianz anstehen. Dieses Jahr gab der Veranstalter Ischinger (Ex Diplomat, CSU) folgenden Titel der SiKo bekannt: *„Internationale Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen: Von der Finanzkrise zum Cyberwar“.*

Die Finanzkrise war natürlich auch für die Militärstrategen wichtig, schließlich überlegen viele Staaten derzeit die Budgets für Militärausgaben zu kürzen, sogar die BRD hat 2 Milliarden Euro im Sparpaket vorgesehen. Entsprechend besorgt ist die Rüstungsindustrie, entsprechend sind auch die meisten Verträge inzwischen ausgelegt. Verteidigungsminister zu Guttenberg musste sogar zugeben, dass der Rücktritt von diesen Verträgen meist mehr kostet, als sie regulär zu bezahlen. Die Großaufträge sind so meistens abgesichert, d.h. die nächste Aufrüstung der westlichen Staaten ist sicher, brauchen wir nur noch die Ziele für die neue Kriegsgüter.

Ischinger stellte dar, warum denn diese SiKo und Militärpolitik für den „normalen“ Bürger (also für den, der dafür bezahlen darf) wichtig ist. Deutschland sei abhängig von sicheren Handelswegen für Import und Export, in den Handelsregionen müssen *„stabile“* Verhältnisse herrschen, nur dann seien *„sichere“* Lebensverhältnisse für Deutschland und die EU überhaupt zu gewährleisten. Für solche Feststellungen trat der letzte Bundespräsident Köhler noch zurück, da sogar viele aus der schwarz-gelben Regierung überrascht waren von so viel *„ehrlicher“* Kriegsbegründung.

Besonders die Finanzkrise hat die internationale Konkurrenz um Rohstoffe, Märkte und Profite der imperialistischen Staaten weiter verschärft, speziell durch den neuen Konkurrenten China. Diese Interessen müssen verstärkt durchgesetzt werden, mit Sanktionen, Krieg und Besatzung, genau das sind die Themen der SiKo.

Die Rolle Deutschlands

Im Vorfeld streuten einige deutsche *„Think Tank's“*, u.a. mit Ex-Verteidigungsminister Rühe (CDU), strategische Gedanken zur Rolle Deutschlands in der internationalen Kriegspolitik. Dort wurde vor zu viel *„Unilateralismus“* der BRD gewarnt, d.h. Deutschland setzte zu sehr auf nationale Interessen, speziell während der Euro-Krise und hätte die europäische Rolle der BRD, nämlich als EU-Führungsmacht, zu wenig im Blick.

Wer glaubt, dass hier eine Kritik an der Standortpolitik der BRD fürs deutsche Kapital während der Finanzkrise versteckt ist, wir enttäuscht sein — diese Strategen bemängeln die fehlende Führung der EU durch Deutschland. Besonders die geostrategische Bedeutung von Deutschland soll gestärkt werden, schließlich stellen die *„Experten“* fest, dass die USA sich Richtung Pazifik drehen und es in Europa um die Vergabe der Regionalmachtposition geht.

Bis jetzt sind die USA weiterhin auf dem europäischen Kontinent die Militär -und Sicherheitspolitik bestimmende Macht, allein schon über die stationierten Atomwaffen der USA. Nah dem Willen der *„Think Tank's“* sollen die Stützpunkte mittelfristig abgebaut werden und stattdessen die EU die militärische Führung übernehmen, natürlich unter deutscher Führung. So wird auch fast das

halbe Kabinett aus der BRD auflaufen, nachdem in den letzten zwei Jahren erfolgreich das deutsche Kapital bedient wurde, auf das es noch erfolgreicher die europäischen Märkte beherrscht und ausbeutet, darf nun die Politik wieder ein bisschen von Weltmacht träumen.

Nur dumm das derzeit die deutsche Öffentlichkeit mal wieder erfährt, wie es in so einer imperialistischen Armee eigentlich aussieht. Geöffnete und zensierte Feldpostbriefe, Schikanen und Foltermethoden speziell für Anfänge_innen, Vergewaltigung und Belästigung – das ist keine *„starke Truppe“*, das ist eine Sau-Truppe. Da bröckeln sogar die Umfragewerte für Mediendarling zu Guttenberg, der nebst Frau und Kerner einen Höhepunkt der Stimmungsmache für Krieg an der *„Heimatfront“* (Sat.1) organisierte.

Derzeit erfahren wir auch sehr viel über die psychologischen Erfahrungen im Krieg, bei *„Tatort“* und *„Anne Will“* wird vermittelt, dass der/die deutsche Landser sich doch nur die Unterstützung zu Hause wünscht, als wenn das irgendetwas an den Erfahrungen oder Erkrankungen der Betroffenen ändern würde. Niemand stellt Fragen nach den Opfern unter der afghanischen Bevölkerung, z.B. nach den Angehörigen der Toten vom Luftangriff 2009 als mindestens 120 Menschen starben, oder den Zehntausenden seit Beginn der Besatzung oder den vielen Binnenflüchtlingen in Afghanistan.

Schon oft konnte die Öffentlichkeit hören, was für einen *„Korpsgeist“* bei vielen Einheiten der Bundeswehr vorherrscht. Viele Standorte und Einheiten beziehen sich auf die *„ruhmreiche“* Vergangenheit im Dienst des deutschen Imperialismus, ähnlich aktuell sind auch die Rituale, speziell für Offiziersanwärter_innen. Dort soll schließlich geschult werden, wer künftig die Soldaten_innen in den Tod für deutsche Kapitalinteressen schickt, welchen Geistes Kind, oder besser welches Bewusstsein dort vorherrscht, kann man ahnen bei den aktuellen Berichten.

Gegen Bundeswehr, NATO, Krieg und Besatzung!

Wie sehr die NATO und die imperialistischen Staaten an *„Sicherheit“* interessiert sind, werden wir vielleicht bald in den revoltierenden Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten sehen. Die demokratische Revolution in Tunesien, die revolutionäre Situation in Ägypten, die Proteste und Unruhen in Algerien, Jordanien, Marokko und dem Jemen bedrohen die Vorherrschaft der NATO und speziell der USA in dieser Region. Nicht umsonst sprechen viele in der EU schon von der strategischen Verantwortung der EU im *„Mittelmeerraum“*, die politische Entwicklung ist derzeit völlig offen. Sobald Kräfte gestärkt werden, die nicht automatisch als Vasallen der NATO Staaten dort regieren (wie die Vorgängerregierungen), wird die NATO auch militärisch eingreifen müssen. In diesem Fall müssen wir sofortige Solidarität und Unterstützung hier organisieren, wir müssen hier als Kriegsgegner_innen auch den Freiheitskampf in der gesamten Region unterstützen.

Als kommunistische Jugendorganisation unterstützen wir von **REVOLUTION** schon einige Jahre die Proteste gegen die Konferenz der Kriegstreiber und Imperialisten. Auch dieses Jahr gab es ein breiten Bündnis zwischen Gewerkschaften, Parteien, Friedensinitiativen und antiimperialistischen und sozialistischen Organisationen. Wie jedes Jahr, waren wir auch 2011 bei den Anti-SiKo-Protesten dabei.

Unsere Forderungen lauten weiterhin:

- Kein Frieden mit der NATO!
- Ende der Besatzung in Afghanistan – Abzug aller Truppen!
- Bundeswehr raus aus der Schule – weg mit den Jugendoffizieren und stattdessen antimilitaristische Bildungsangebote!

REVOLUTION
international communist youth organization • www.onesolutionrevolution.com

Kontakte REVOLUTION

germany@onesolutionrevolution.de
oder direkt: [stadt]@onesolutionrevolution.de

Berlin >>> Freiburg >>> Hamburg
Kassel >>> Stuttgart

Keine Gruppe in deiner Nähe? Wir helfen dir eine Gruppe bei dir zu gründen! Mehr Infos siehe Seite 25

Schreib uns!
www.onesolutionrevolution.de

Impressum

V.i.S.d.P. - R. Müller, Greifswalder Str. 12, 10325 Berlin

Bericht vom Bildungsstreik 20 in Baden Württemberg

Ein Artikel von REVOLUTION Freiburg

Vom 17. Januar bis zum 29. Januar 2011 wurde in einem symbolischen Bildungsstreik-Protestfeuerlauf das Feuer des Widerstands durch Baden-Württemberg getragen. Es gab dabei an jedem Wochentag eine Demo in einer anderen Stadt Baden-Württembergs, so auch in Kleinstädten wie Weingarten, Sigmaringen und Ludwigsburg. Den Schlusspunkt der *„Ba-Wü brennt!“*-Kampagne bildete eine landesweit mobilisierte *„Großdemo“* in Stuttgart am 29.01.2011. Soweit die Pläne des Bildungsstreiks. Das Feuer des Protests wurde, da meist keine Feuertonne oder gar noch subversiveres von den Bullen geduldet wurde, meist in Form von Wunderkerzen entzündet. Diese unfreiwillige Symbolik gibt auch in etwa die Schlagkraft und Bedeutung der Proteste wieder.

So wurde zwar in einigen Städten kräftig mobilisiert und wichtige Teilerfolge errungen, es konnte jedoch bei weitem nicht an die Erfolge vergangener Bildungsstreiks angeknüpft werden. Eindrücklich lässt sich das auch an den Zahlen der Demos erkennen: auf keiner der Aktionen waren mehr als 500 Protestierende, wobei die Teilnehmerzahlen meist **sehr** optimistisch geschätzt wurden. Auch auf der landesweiten Demo in Stuttgart waren letztenendes *„nur“* 1000, obwohl die Demo am Platz der Abschlusskundgebung der vorab stattgefundenen S21-Demo mit 40.000 Teilnehmern startete.

Insofern kann man sicherlich von einer Krise der Bildungsstreikproteste sprechen. Der Niedergang des Bildungsstreiks, der sich bundesweit schon vor dem letzten Bildungsstreik vollzogen hat, ist nun also auch in Baden-Württemberg angekommen. Wie kam es dazu? Die Ursachen sind sicherlich sehr vielfältig, es sollen aber doch einige mögliche Gründe genannt werden.

Eine Hauptursache ist unserer Meinung nach die Perspektivlosigkeit der bürgerlichen und reformistischen Teile der Bildungsstreikbewegung. Gerade jene Protestierende, die sich Hoffnungen auf baldigen Wandel in der Bildungslandschaft durch den Druck der Straße machten, wurden nach den letzten Bildungsstreiks bitter enttäuscht.

Uns als Revolutionär_innen verwundert es nicht weiter, dass sich nach wenigen öffentlichen Aktionen keine grundlegenden Änderungen ergeben, sondern nur durch entschlossene und ausdauernde Aktionen an den Stellen, an denen es den Herrschenden weh tut — und das ist nicht das Audimax. Insofern muss man auch den reformistischen Organisationen im Bildungsstreik eine Mitschuld am Niedergang der Bewegung zuschreiben, da sie es waren, welche Illusionen unter den Protestierenden schürten und sie letztlich in die Resignation trieben. Dies ist jedoch

sicherlich nicht die einzige Ursache für die Krise des Bildungsstreiks. So spielen mit Sicherheit auch die allgemeine politische Lage in Deutschland, die chaotischen und demobilisierenden Bildunsstreikkonferenzen (viel Gremienarbeit statt effektiver Basisarbeit), die Uni-Borniertheit des Bildungsstreiks und zahlreiche regionale Faktoren eine Rolle. In Baden-Württemberg wurde bespielsweise von den Jugend- und Studierendenorganisationen der Parteien (sofern überhaupt im Bildungsstreik aktiv) nur auf Sparflamme mobilisiert und sich lieber dem Wahlkampf für die anstehende Landtagswahl gewidmet.

Ein großes Hemmnis für die Bewegung stellten darüberhinaus auch die Jusos in Baden-Württemberg in Zusammenhang mit dem schon vielfach als völlig untauglich erwiesenen *„Konsensprinzip“* auf Vernetzungstreffen dar. So konnte von Kräften, die sich sonst nur äußerst spärlich am Bildungsstreik beteiligen (Jusos), ein wichtiger Aspekt der Mobilisierung verhindert werden: die Verknüpfung der Bildungsstreikproteste mit dem Widerstand gegen Stuttgart 21. Anstatt eine Großdemo in Stuttgart gegen S21 und Bildungsabbau zu organisieren gab es also zwei Demos, mit allen damit verbundenen Problemen. Gerade bei S21 hätte die Bildungsstreikbewegung allerdings einen guten Anknüpfungspunkt zur Landespolitik gehabt, zumal die Folgen der Geldverschwendung durch S21 in Stuttgart schon ganz konkret durch Streichung von Kita-Plätzen sichtbar sind.

Völlig versäumt wurde es von der Mehrzahl der Organisatoren beispielsweise auch einen internationalen Bezug der Bildungsproteste herzustellen, obwohl zeitgleich zur landesweiten Demo in Stuttgart auch in England Bildungsproteste stattfanden. Doch neben der insgesamt ernüchternden Bilanz des landesweiten Bildungsstreiks gab es durchaus auch einige Teilerfolge.

In Freiburg beispielsweise, wo das Protestfeuer am 17.01. entzündet wurde, konnten, trotz insgesamt schlechter Mobilisierung und nur 250 Bildungsstreikenden, viele Schüler auf die Straße gebracht werden, was sicherlich auch als Erfolg des von **REVOLUTION** initiierten Schulstreikbündnisses gewertet werden kann. Auch die Teilnahme von mehreren Kleinstädten an den Protesten und der somit besseren Flächenwirkung war ein Erfolg.

Schlussendlich konnte mit einer kämpferischen, antikapitalistischen Demo in Stuttgart ein Zeichen an alle Bremser und Zweifler im Bildungsstreik gesendet werden: wir lassen den Bildungsstreik nicht im Stich und werden uns auch weiterhin an den Kämpfen der Jugend beteiligen — auf allen Ebenen, mit allen Mitteln.
One solution — REVOLUTION!

Wir fordern

Kostenlose Bildung für alle!

- Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit!
- Weg mit den Studien-und Schulgebühren!
- Studien-und Ausbildungsplätze für alle!

Nein zur selektiven Bildung!

- Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem!
- Weg mit BA/MA-Studiengängen!
- Abschaffung aller Elite-Unis und Privatschulen!

Kein Bildungsraub!

- Rücknahme aller Kürzungen und Arbeitszeitverlängerungen im Bildungsbereich!
- Voller Personal- und Kostenausgleich in den Bildungsetats!
- Aufbau von entschlossenen Streik- und Aktionskomitees!
- Regionale, bundesweite und internationale Koordinierung unsere Kampfes auf Grundlage von ständig wähl- und abwählbaren Vertreter_Innen!
- Für eine massive Besteuerung des Kapitals und der Gewinne der Herrschenden!

Revolution Aktionsprogramm Bildung
Unser programmatischer Beitrag zu den Bildungsprotesten.

Revolution Aktionsprogramm Krise
Unsere Analyse der Wirtschaftskrise und unsere Forderungen zum Thema.

www.onesolutionrevolution.de ➔ Publikationen

der kampf um befreiung!

Diesmal: Sozialistische Föderation

War noch vor kurzer Zeit zu hören, dass die Krise überwunden sei, belehren uns die Ereignisse in Nordafrika, aber auch die Hungerrevolten in Asien oder die Schuldenkrise in Europa eines Besseren. In dieser Krisenperiode, die mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 begann, können wir immer stärker erkennen, dass der globale Kapitalismus nicht dazu in der Lage ist, die Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen, geschweige denn grundlegende Probleme wie Erderwärmung, ungesicherte Energieversorgung oder immer knapper werdende Trinkwasservorräte zu lösen.

Rosa Luxemburgs Losung *„Sozialismus oder Barbarei“* hat, heute mehr denn je, ihre Richtigkeit bewiesen. Gleichzeitig muss uns eines klar sein: die Herrschenden werden nicht kampflos das Feld räumen. In den imperialistischen Ländern sind es die Kapitalist_innen allein, die mit Militär und Polizei ihren Machtanspruch sichern. In vielen halbkolonialen Ländern sichern sie ihre Position oft in Bündnissen mit Großgrundbesitzern und regionalen Warlords.

Dem gegenüber stehen Millionen von landlosen Bauern, die städtische Armut, ebenso wie die Arbeiterklasse weltweit. Während wir in den imperialistischen Ländern klar für die Losung der Arbeiterregierung und damit verbunden, dem Sturz des bürgerlichen Staates, ersetzt durch die sogenannte Diktatur des Proletariats oder besser die Gewährung der Demokratie für die Mehrheit der Menschen eintreten, muss in den halbkolonialen Ländern ebenso für die Einbeziehung der armen Bauern eingetreten werden.

In vielen Ländern der Welt erheben sich Tag zu Tag Tausende, manchmal sogar Millionen von Menschen gegen ihre Regime. Die Alternative zu ihnen kann natürlich nur der internationale Sozialismus sein. Jedoch ist zeitgleich klar, dass es nicht von heute auf morgen in allen Ländern der Welt Revolutionen geben wird. Welche Losung, welche Alternative stellt man dem entgegen? Jeder wird verstehen, dass es unklug, ja falsch wäre, den Ländern, die vor einer Revolution stehen zu raten, auf andere zu warten. Im Gegenteil!

Wir fordern diese Länder dazu auf, voranzuschreiten, andere Länder mit sich zu reißen und die Revolution weiter zu tragen. Daher treten wir für die Losung der *„sozialistischen Föderation“* ein. Während sie das Recht auf Selbstbestimmung der Völker beinhaltet, macht sie klar, dass ein einziges Land unmöglich dazu in der Lage sein wird, eine Revolution gegen die Übermacht des Imperialismus zu halten. Es ist ganz klar, dass dieser ohne Umschweife nicht nur zum Wort sondern vor allem zur Waffe und militärischen Interventionen greifen würde, unter dem Deckmantel der Demokratie. Einer Demokratie, die es einigen wenigen erlaubt sich zu entfalten, auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung.
Mehr als das, diese Forderung geht einher mit einem politischen und ökonomischen Verständnis des Weltgeschehens. So treten wir von **REVOLUTION** für eine sozialistische Föderation im Nahen Osten und Nordafrika ein. Warum nur dort? Vorweg ist es natürlich klar, dass wir in allen Ländern der Welt für einen revolutionären Kampf eintreten und dort, wo wir selbst Sektionen haben, natürlich aktiv mit vorantreiben. Aber uns ist auch klar, dass die Situation zum Beispiel in Deutschland keine revolutionäre ist. Heißt das, den Kampf für die Revolution in Ägypten, Tunesien oder Afghanistan nicht zu fordern? Wohl kaum! Darüber hinaus ist es wichtig, diesen Ländern und der Arbeiterklasse dort eine Perspektive zu weisen, die Perspektive einer sozialistischen Föderation, die auf der Gleichberechtigung der Völker und der Anerkennung unterschiedlicher Kulturen und Religionen beruht.

So ist es möglich, den aktuellen Kampf gegen Diktaturen, Hunger oder Armut mit einer sozialistischen Alternative zu verbinden, die ein Ausgangspunkt und ein Vorbild für die Unterdrückten der ganzen Welt sein kann. Denn auch wenn Deutschland heute ein sicheres Pflaster für die großen Konzerne, Banken und Spekulanten sein mag, eine proletarische Revolution und sei es im Nahen Osten, würde von heute auf morgen neue Fakten schaffen.

REVOLUTION
international communist youth organization • www.onesolutionrevolution.com

Geschichte und Zukunft

8. März – 100 Jahre Internationaler Frauentag

Die Wurzeln des 8. März liegen in den Frauenkämpfen am Anfang des letzten Jahrhunderts. Am 8. März 1908 traten die Arbeiterinnen der Textilfabrik *„Cotton“* in New York in den Streik, um für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen. Die Fabrikbesitzer schlossen die streikenden Frauen ein. Aus ungeklärten Gründen brach ein Brand aus und zerstörte die Fabrik, 149 Arbeiterinnen starben in den Flammen. Diesem Vorfall folgte eine Welle von Streiks und Protesten. Hierbei waren die Forderungen: das weltweite Wahlrecht für Frauen, der 8-Stunden-Tag, Mutterschutz, mehr Lohn bzw. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, legaler Schwangerschaftsabbruch, Arbeitszeitverkürzung, bessere Wohnungen, Verbot der Kinderarbeit und Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen. Aufgrund dieser Proteste und Forderungen wurde 1910 auf der II. sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Initiative von Clara Zetkin die alljährliche Durchführung eines internationalen Frauenkampftages beschlossen, der am 19.3.1911 erstmals abgehalten wurde. 1911 gingen zum ersten Mal Millionen von Frauen international auf die Straße.

Offiziell als Feiertag wurde der 8 März dann 1921 anerkannt. Die II. internationale Konferenz kommunistischer Frauen in Moskau nutze diesen Tag zum Gedenken an den Petrograder Frauenaufstand vom 23. Februar 1917 (nach westeuropäischem Kalender der 8. März). Denn 1917 waren es Petrograder Textilarbeiterinnen, die durch ihren Streik für mehr Lohn und gegen den Krieg die Februarrevolution auslösten und zum Sturz des Zarismus beitrugen.

Zwischen 1933 und 1945 wurde der Frauentag offiziell verboten. Stattdessen wurde der Muttertag, der dem nationalsozialistischen Frauen- bzw. Mutterideal eher entsprach, in den Rang eines offiziellen Feiertages erhoben. Trotz Verbot aller sozialistischen und kommunistischen Aktionen bestand der Internationale Frauentag trotzdem weiter. Das Feiern des 8. März wurde zu einem Erkennungsmerkmal von Widerstand und sozialistischer Untergrundarbeit. Methoden waren das *„auslüften“* von roten Gegenständen am 8. März aus Fenstern und Wäscheleinen oder das Auslegen illegaler Flugblätter.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im geteilten Deutschland sehr unterschiedlich mit dem Frauentag umgegangen. 1946 führte die sowjetische Besatzungszone den 8. März wieder ein. In der DDR war der Frauentag durch seine Geschichte geprägt, er hatte zunächst den Charakter einer sozialistischen Veranstaltung. Im Westen veranstalteten Sozialdemokratinnen zwar seit 1948 wieder Frauentage, doch ging die Bedeutung dieses Tages allmählich verloren. Hier war es vor allem das Thema Frieden und der Kampf gegen die Wiederbewaffnung, die auf den Veranstaltungen zum internationalen Frauentag (terminlich immer irgendwann zwischen Februar und Mai angesiedelt) angesprochen wurden.

Und heute?

Heute ist der 8. März in vielen kapitalistischen Ländern kein Kampftag; er ist zu einem gegenseitigen Schulterklopfen über die erreichte Gleichberechtigung oder zu Saalveranstaltungen von Gewerkschaften verkommen. Sie zeigen zwar die Ungleichbehandlung der Frauen in der Lohnarbeit auf und nehmen den 8. März jährlich zum Anlass, besonders auf die Belange von Frauen aufmerksam zu machen, doch dass sie weit davon entfernt sind, ihn zu

Kabul, 8. März 2008: Festveranstaltung der Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA). (Bild: wikipedia.de)

einem Kampftag für die Forderungen der Frauen zu machen, zeigt sich nicht nur in ihren Aufrufen und an den fehlenden Straßenaktionen, sondern auch an der Folgelosigkeit des jährlichen Anprangerns der mangelnden Gleichberechtigung. Welch Kontrast zu vielen anderen Ländern! Weltweit kämpfen Frauen am 8. März. In der Türkei, in Kurdistan, im Iran, in Indien oder Bangladesch gehen zehntausende Frauen auf die Straße, um gegen Unterdrückung und Repression zu kämpfen.

Denn auch heute leben und arbeiten Millionen Frauen unter Bedingungen, die denen vor 100 Jahren fatal gleichen. In Osteuropa, China, Südostasien, Mittelamerika und Afrika werden Frauen in der Textil- und Schuhindustrie, in der Produktion von Nahrungs- und Genussmitteln, Spielzeug, in der Elektronikbranche und für Medikamentenversuche ausgebeutet und benutzt.So arbeiten Frauen in El Salvador in der Textilindustrie für 5 € täglich als Näherinnen in der Fabrik *„Formosa“*. Achtzig T-Shirts pro Stunde sind das Pensum. Wer das nicht schafft, muss *„nachsitzen“* — unbezahlt. So ist der Arbeitstag für viele erst nach 12 Stunden vorbei. Die Kosten für Wohnung, Essen und Busfahrt zur Arbeit sind höher als der Lohn.

Am Arbeitsplatz selbst ist es heiß und stickig. Um Wasser zu trinken oder zur Toilette zu gehen, braucht man eine Erlaubnis. Die Toiletten sind schmutzig. Von den Frauen werden Schwangerschaftstests gefordert. Sexuelle Belästigung ist in vielen dieser neuen Sklavenfabriken an der Tagesordnung. Gewerkschaftliche Organisation? Verboten! Standards für faire Arbeitsbedingungen? Gibt's höchstens auf dem Papier! Vor Gericht seine Rechte einklagen? Keine Chance! Doch noch schlimmer. Es ist nicht nur so, dass wir in den westlichen Ländern keine wirkliche Gleichberechtigung haben. Diejenigen, die große Reden in den Vorstandsetagen über die Gleichberechtigung der Frau halten sind meist die gleichen, die für die Zustände in den armen Ländern verantwortlich sind!

Dass keine kapitalistische Regierung ernsthaft die Gleichstellung von Frau und Mann will, hat vor allem einen Grund — die Arbeiterklasse in Qualifizierte und Nichtqualifizierte, in Arme und Reiche, in Ausländer und Staatsangehörige, in Männer und Frauen zu spalten. Nur so kann das kapitalistische System funktionieren. Auf der einen Seite sollen höchste Profite durch niedrige Löhne gesichert werden, auf der anderen ist auch den Herrschenden bewusst, dass die Gefahr eines Umsturzes um so kleiner ist, je zerstrittener die Unterdrückten untereinander sind.

Für uns als Revolutionär_innen ist es eine wesentliche Aufgabe, diese Spaltungen aufzudecken und für deren Überwindung zu kämpfen. Dafür brauchen wir auch eine starke Frauenbewegung, die Seite an Seite mit allen Lohnabhängigen und Unterdrückten dieser Welt gegen den Kapitalismus kämpft! Nur gemeinsam können wir den Kampf für ein besseres Leben gewinnen. Wirkliche Frauenbefreiung und Gleichberechtigung ist nur im Sozialismus möglich.

REVOLUTION
Zeitungs-Archiv

Du hast die letzte Ausgabe der REVOLUTION-Zeitung verpasst? Du interessierst dich für eine alte Ausgabe? Frag einfach nach, wir schicken dir verpasste Ausgaben!
redaktion@onesolutionrevolution.de

Nordafrika und der Nahe Osten

eine ganze Region im Aufbruch!

Ein Artikel von Tobi Hansen

Ägypten / Kairo: Mann betet vor Panzern.

Seit Mitte Januar, seit der Flucht des tunesischen Diktators Ben Ali nach Saudi-Arabien, gab es tägliche Meldungen über Proteste und Aufstände in Nordafrika und dem Nahen Osten. Die tunesische Revolution, die Massenproteste in Ägypten, Algerien, Jordanien und dem Jemen haben eine Sprengkraft entwickelt die in der Lage ist, die Diktaturen der Region zu zerschlagen. In unserem Artikel wollen wir zunächst die politischen und sozialen Verhältnisse dieser Staaten beleuchten, sowie ihre internationale Bedeutung und die Perspektive für die revolutionären Massen diskutieren.

Vieles an der aktuellen Situation erinnert *„Ältere“* (also die, die den Zerfall der Ostblock-Bürokratien erlebt haben), an die Vorkommnisse 1989/90 in den Staaten des *„Warschauer Paktes“*. Damals klappten die stalinistischen Bürokratien wie Domino Steine zusammen, ein ähnliches Szenario ist in den nächsten Wochen und Monaten in der arabischen/islamischen Region möglich.

Die Diktaturen

Von Marokko bis zum Jemen regieren fast ausschließlich reaktionäre Regime, die vom Imperialismus, den westlichen Staaten unterstützt werden, allein Syrien und der Iran gelten als *„Schurkenstaaten“*, sie sind keine Verbündeten des Westens. Diese Regime entstanden zumeist aus dem Militär, viele Diktatoren sind seit Jahrzehnten an der Macht und Marionetten des Imperialismus. Der sogenannte *„Revolutionsführer“* Gaddafi in Libyen regiert seit 1969, Mubarak war es 30 Jahre lang. Insgesamt drei Jahre länger ist der Präsident vom Jemen, Sahled, an der Macht und auch die Feudalsippe der Haschemiten in Jordanien ist es seit 1952. Ideologisch waren die meisten Regime mal dem arabischen Nationalismus und den Unabhängigkeitsbewegungen nahe, zumeist mit einer stalinistischen, volksfrontartigen Partei im Anhang, so firmierten z.B. die *„Baath“* Parteien von Syrien und dem Irak auch jahrzehntelang als sozialistisch, ähnlich dem *„Revolutionsführer“* Gaddafi in Libyen. Bestimmte Teile des Militärs und Teile der Oligarchien stellen zumeist den Staat, sie vertraten offiziell Nationalismus, den Islam und gleichzeitig das Bündnis aller Klassen in der Volksfront. Praktisch wird dies am Beispiel des tunesischen Diktators, sein Clan war gleichzeitig die ausbeutende Klasse im Staat, über sie wurde der Profit verteilt und wenn auch die Konten jetzt gesperrt sind, so soll Ben Ali noch 1 Tonne Goldbarren mit sich herum schleppen. Dieses anschauliche Beispiel zeigt, wie die Realität in den Staaten Nordafrikas und des gesamten Nahen- und Mittleren Osten aussieht.

Eine kleine Schicht aus Bürokratie, Armee und Geheimdienst kontrolliert den Staat, eignet sich den gesamten Profit an, unterdrückt jede andere politische Meinung und handelt ganz im Interesse des internationalen Finanzkapitals und der imperialistischen Mächte. Während der Ost-West Konfrontation bis 1989 gelang es einigen Regimes zwischen beiden Polen zu manövrieren, seit 1990 mussten fast alle Staaten sich der US-Hegemonie in der Region unterwerfen. So finanziert die USA den meisten Staaten in der Region das Überleben, aktuell waren die jährlichen 2 Milliarden US $ Militärhilfe für Ägypten in der Diskussion, Tränengas und Munition *„Made in USA“* wurden dort von Beginn an gegen die revolutionären Massen eingesetzt. Besonders zuverlässig waren diese Diktaturen wenn es um den Palästina-Konflikt ging. Ägypten

ist seit Jahren dabei auf Befehl der USA und Israels einen Sperrwall an der Grenze des Gaza ─ Streifens zu bauen, schoss auf Demonstranten auf beiden Seiten und handelte damit auch direkt gegen die Interessen des ägyptischen Volkes. Die allermeisten Regime beschwören mit leeren Worten einen palästinensischen Staat, in der Realität ist der palästinensische Widerstand isoliert und korrumpiert.

Diese Regime haben die ökonomischen und strategischen Interessen des Imperialismus durchgesetzt, Unterdrückung der Massen, Isolierung des palästinensischen Widerstands und Unterstützung im sogenannten *„Kampf gegen den Terror"*. Im Kampf gegen den Islamismus stützen sich die westlichen Imperialisten auf die nationalen Militärs und Marionettenregierungen wie in Pakistan und Jemen, die jede US Intervention auf ihrem Staatsgebiet zulassen.

Die soziale Lage

In den meisten arabischen und islamisch geprägten Gesellschaften gibt es heute ähnliche soziale Probleme. Hauptsächlich richten sich auch die aktuellen Proteste gegen die Massenarbeitslosigkeit, gegen die zunehmende Armut und die gestiegenen Lebensmittelpreise. Besonders bei den Grundnahrungsmitteln wie Getreide sind die Preise in den letzten drei Jahren stark gestiegen, weltweit sind die Preise 80-200% höher als 2008. Dies war eine direkte Folge der Finanzkrise. Nachdem die Spekulationsblase am Immobilien -und Kreditmarkt geplatzt war, strömten Milliarden $ & € in die Spekulation auf steigende Lebensmittelpreise, in den Markt.

Schon zuvor konnten viele arabischen Staaten nur durch staatliche Subventionen Grundnahrungsmittel und Benzin für die Bevölkerung bezahlbar halten. 2008 gab es in über 40 Staaten weltweit Hungerunruhen und Aufstände, davon waren auch viele Staaten des Maghreb betroffen, seitdem können die Regierungen in den ärmeren Staaten nur durch internationale Kredite ihre Subventionspolitik durchhalten, müssen aber immer wieder Preiserhöhungen zulassen. Diese Situation treibt nicht nur die Arbeitslosen in Stadt und Land in die Armut, sondern vermehrt auch alle Teile der Arbeiterklasse und der Mittelschichten. Gegen diese soziale Situation gab es in Ägypten bspw. in den letzten Jahren immer wieder gewerkschaftliche Proteste und Streiks, darin forderten sie Lohnerhöhungen und ein Ende der Inflation, gerade innerhalb der Arbeiterklasse gab es eine Zunahme der sozialen Kämpfe.

Viele der islamisch/arabischen Staaten in der Region sind ökonomisch von USA und IWF (Internationaler Währungsfond) geknebelt. In den Diktaturen konnten alle Schweinereien gegen die Beschäftigten durchgesetzt werden, von der Verfolgung gewerkschaftlicher AktivistInnen bis zur massiven Lohndrückerei und Ausbeutung in den Fabriken. Aktuell ist das Beispiel der deutschen Unternehmen Adidas und Puma, sie sollen in marokkanischen Fabriken die Beschäftigten 60 Std. die Woche arbeiten lassen und dies bei knapp 40 Grad Raumtemperatur und unter Videoüberwachung, für sehr niedrigen Lohn. Auch würden weltweit viele IKEA Märkte leer bleiben, wenn nicht in Nordafrika für den schwedischen Großkonzern ausgebeutet wird. Die Märkte sind den Interessen des US-amerikanischen und europäischen Finanzkapitals ausgeliefert, diese eignen sich die Extraprofite an, die nationale Oligarchie bekommt zumindest soviel, dass die Diktatur genügend Militär und Polizei zur Unterdrückung der Massen hat und selber ein bisschen Profit anhäufen darf.

Viele der islamisch/arabischen Staaten in der Region sind ökonomisch von USA und IWF (Internationaler Währungsfond) geknebelt.

Dieses wird einer massiven Arbeitslosigkeit begleitet, besonders in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen, dort gibt es Quoten von 30-50% und höher. Dieses soziale Elend wurde immer wieder durch tragische Einzelschicksale verdeutlicht. So wie sich im Dezember ein junger Tunesier in Brand steckte, da er es Leid war, in Armut zu leben und von korrupten Bullen schikaniert zu werden, solche Beispiele gab es häufig in den letzten Jahren in der arabischen Welt.
Die Massenproteste fordern ein Ende von Armut und Arbeitslosigkeit, fordern ein Ende des Reichtums der Wenigen auf Kosten der Lebensverhältnisse der Massen. Denn wo große Teile der Bevölkerung verarmen, da gibt es stets auch einen Teil der davon profitiert, so rühmt sich bspw. die ägyptische Elite, dass nun welche von ihnen Milliardäre seien, während breite Massen nicht ausreichend Lohn für die Lebenshaltung bekommen.
Diesen schreienden Widerspruch sahen die Massen Nordafrikas und des Nahen Ostens täglich, sie waren zudem korrupten Polizisten und Geheimdiensten ausgeliefert, die auch versuchten von der Unterdrückung zu profitieren. Dies sind die Triebfedern der Bewegung und das verleiht ihnen auch eine soziale und geostrategische Sprengkraft. Die Vorherrschaft des US Imperialismus in dieser Region ist der wichtigste Pfeiler des US-Finanzkapitals ─ diese Vorherrschaft sichert die Kontrolle über die größten Öl- und Gasvorkommen auf dem Planeten.

Die Rolle der westlichen Staaten

Wie beschrieben sind die USA, und in der Nachfolge die EU-Staaten, die vorherrschende Kraft in der Region, seit Jahrzehnten unterstützten sie die reaktionären Regime in der islamischen Welt. Dabei wurden stets jene Kräfte unterstützt, die am besten die imperialistischen Interessen umsetzen können, ob nun islamistische Feudalherrscher auf der arabischen Halbinsel (Saudi – Arabien, Kuwait, Katar, Bahrain, V.A.E., Oman) oder diktatorische Militärregime wie Ägypten, Tunesien oder Algerien. Noch vor einigen Wochen galten diese Herrscher als „verlässliche" Partner des Westens, als diejenigen die in ihren Staaten den Kampf gegen Islamismus und Terrorismus führen und diese Kräfte in Schach halten können.

In der Realität unterdrückten diese Regime blutig die Volksmassen und kündigten die Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf und wurden *„Partner"* des zionistischen Israels. Deswegen ist der Imperialismus und seine Ideologie derzeit auch in einer Zwickmühle. Zum einen müssen sie quasi solidarisch mit den demokratischen Forderungen der Massen sein, schließlich wurden zuletzt zwei imperialistische Kriege gegen den Irak und Afghanistan geführt um „Demokratie" zu bringen, zum anderen ist unsicher, ob eine neue Regierung genau so gut die imperialistischen Interessen umsetzen kann wie die alten Regime.

Entsprechend besorgt geben sich jetzt die Politiker und Medien-*„Experten"* über die Zukunft der Region, über die Sicherheit im allg. und die mögliche Ausrichtung einer neuen Regierung im speziellen. Nicht auszudenken für die westlichen Interessen, wenn die Volksmassen tatsächlich Einfluss auf eine Regierung ausüben und zentrale Forderungen umsetzen könnten ─ gegen IWF, NATO oder zionistische Interessen.

Als allgemein gültiges Schreckgespenst dient dabei natürlich der *„Islamismus"*, dieser müsse sofort verhindert werden, nicht dass *„extremistische Trittbrettfahrer"* (Außenminister Westerwelle) die Revolution *„missbrauchen"* würden. Bislang sind die schärfsten Islamisten, die wahabitische Auslegung des Islam in Saudi Arabien, wichtige Verbündete des Westens, solange die *„Scheichs"* investieren und kaufen, interessiert niemanden im Westen deren Auslegung des Islam. Es ist aber offensichtlich, warum gerade jetzt im Westen vor *„Islamisten"* gewarnt wird, sollten die eigenen Interessen bedroht sein, würde der Imperialismus auch massive Gewalt befürworten ─ Hauptsache die *„Sicherheit"* bleibt erhalten. Entsprechend skeptisch bewertet die israelische Rechts-Regierung um Netanjahu die demokratischen Revolutionen und Bewegungen in der arabischen Welt. Gerade Israel profitierte von Marionettenregierungen der arabischen Welt, seit dem Yom-Kippur-Krieg 1973 kann es seine aggressive Kriegs- und Besatzungspolitik ungestört fortsetzen, die arabischen *„Führer"* isolierten den palästinensischen Widerstand, schon zur Zeit der PLO unter Arafat und erst recht, in der jetzt vorhandenen Spaltung des palästinensischen Widerstands zwischen der Fatah im Westjordanland und der Hamas im Gaza-Streifen.

Als Allheilmittel für die politische Transformation gilt dann meistens die „Übergangsregierung", bzw. die „Regierung der nationalen Einheit"... eine Mogelpackung...

Israel wird ein großes Interesse haben, auf die künftigen Regierungen Einfluss auszuüben, jede Regierung, die die Palästinenser unterstützen will, wird als Feind bezeichnet und wahrscheinlich auch behandelt. Heute ist diese Region entscheidend für die kapitalistische Weltwirtschaft. Die großen Öl- und Gasreserven in der Region, der Suez Kanal in Ägypten als wichtiger Knotenpunkt, ebenso der persische Golf als Transportweg des *„schwarzen Golds"* ─ verlieren die USA und die EU die Kontrolle über diese Region, dann sind auch ein Großteil der Extraprofite gefährdet. Aus diesen Gründen sind die imperialistischen Mächte auch gezwungen, die Kontrolle über mögliche neue Regierungen in den arabischen Staaten zu behalten, bekanntes Mittel dabei sind sog. *„Übergangsregierungen"* oder auch *„Regierungen der nationalen Einheit"*.

„Übergang" ─ nur wohin?

Viele *„Experten_innen"* sprechen jetzt vom *„schwierigen Übergang zur Demokratie"* und machen sich Gedanken, ob denn die Völker das hinbekommen, oder nicht doch plötzlich Extremisten das Ruder übernehmen. Als Allheilmittel für die politische Transformation gilt dann meistens die *„Übergangsregierung"*, bzw. die *„Regierung der nationalen Einheit"*. Wie bei den meisten Regierungen handelt es sich auch bei diesen beiden Formen um Mogelpackungen. Denn wer zur *„nationalen Einheit"* gehört, bestimmen meistens die alten Eliten und internationale *„Berater"* ─ die Bewegung kann nie ihre Vertreter_innen selber wählen, meist werden gefällige Oppositionelle eingeladen. Auch der Begriff *„Übergang"* hält einige Täuschungen parat, hier ist nicht der Übergang der Macht in die Hände des Volkes und der Protestbewegung gemeint, sondern ein geordneter Übergang zu einer neuen Machtelite, die die vorherigen Besitzstände nicht angreift und konsequent die Interessen des internationalen Finanzkapitals umsetzt.

Inzwischen haben wir am Beispiel Ägypten gesehen, wie sich der Westen eine neue Regierung vorstellen kann. Auf gar keinen Fall dürfen die, zum Teil islamistischen, *„Muslim Brüder"* die neue Regierung anführen, dann könnten imperialistische Interessen bedroht sein, ebenfalls hat der Westen schon eine Vorstellung darüber, wer Mubarak beerben soll, Mohammad El Baradei, ehemaliger Chef der Internationalen Atomenergiebehörde und Friedensnobelpreisträger.

In Tunesien wird zunächst weiterhin der Nachfolger Ben Alis, Ghannouchi unterstützt, dieser soll den *„Übergang“* zu den nächsten Wahlen organisieren, damit unterstützt der Westen auch in Tunesien die weiteren Polizeieinsätze gegen die DemonstrantInnen und den Kampf gegen die revolutionäre Bewegung.

Die Rolle der Armee beim *„Übergang“*

In Tunesien und danach in Ägypten galt ein besonderes Augenmerk stets der Armee, wie würden sich die Generäle verhalten und als die ägyptische Armee verkündete, dass sie nicht auf das eigene Volk schießen würde, waren besonders die westlichen Kommentatoren schwer begeistert. Wir müssen festhalten, dass die Armeen, speziell die Generalstäbe der meisten arabischen/islamischen Staaten, die verlässlichsten Verbündeten des Imperialismus darstellen. Die Militärs bekommen nicht nur die jährliche Militärhilfe vom Imperialismus, das Militär hat sich auch große Teile der nationalen Wirtschaft unter die Nägel gerissen und bekommt so auch ein paar Profite ab.

Dieses Militär war jahrzehntelang für blutige Unterdrückung verantwortlich, ohne das Militär hätte es keinen Ben Ali, Mubarak oder Gaddafi gegeben – dieses Militär stand nie für den demokratischen Kampf der Massen, sondern nur für den Kampf gegen das Volk. Ein Beispiel aus Algerien ist recht treffend. 1992 gewann die FIS (Islamische Heilsfront) die freien Parlamentswahlen und konnte eine Regierungskoalition bilden. Auf Befehl der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, welche das Land bis heute ökonomisch beherrscht, putschte das Militär und setzte den bis heute regierenden-Bouteflika als Präsidenten ein. Bis Ende der 90er Jahre verfolgte das Militär FIS-Milizen, beide Seiten lieferten sich eine blutigen Kampf, der immer wieder zu blutigen Massakern in Dörfern führte.

Wenn jetzt das Militär im Westen besonders gelobt wird, dann deshalb, weil das Militär den Übergang organisieren soll und ganz sicher die imperialistischen Interessen umsetzen wird. Das ägyptische Militär hat darin auch Übung, nach den Mordanschlägen an beiden Vorgängern Mubaraks – Nasser und Sadat – errichtete das Militär flugs die nächste Regierung, ließ mehrere tausend Oppositionelle erschießen oder verhaften und installierte das nächste Unterdrückerregime.

Für die westlichen PolitikerInnen bedeutet *„Stabilität in der Region“* vor allem Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols, Kontrolle über die Armee und diese organisiert die nächste Regierung. Die revolutionären Massen dürfen sich davon nicht täuschen lassen, müssen mit der Illusion an eine *„unabhängige & neutrale“* Armee schnell brechen. In Ägypten übernahmen die staatlichen Gewaltbehörden gleich zwei Rollen, während Polizei- und Geheimdienst-Apparat mit Todesschüssen, Überfällen, Plünderungen, Schlagstock und Tränengas gegen die Bewegung vorgingen, ließen sich die Panzer der Armee innerhalb der Bewegung integrieren und machten Photos mit Kindern.

Für die Massenbewegung muss es jetzt darum gehen, politisch auf die Soldaten einzuwirken. Den Aussagen des einen Tages darf nicht getraut werden, das gesamte System ist auf Lügen und Verrat und Unterdrückung aufgebaut. So ruft die Armee nach dem *„Tag des Zorns“*, an dem Millionen Ägypter_innen auf den Straßen waren, die Demonstranten dazu auf, wieder zum *„normalen Leben“* zurückzukehren, schließlich arbeite die Führung ja *„Tag und Nacht“* daran, die Forderungen umzusetzen und eine *„neues Ägypten“* aufzubauen.

Anstelle dieser alten Elite auch nur einen Tag zu geben, muss versucht werden, die einfachen Soldaten auf die Seite des Widerstands zu ziehen. In den unteren Rängen der Armee gibt es ziemlich sicher viele, die nicht die Bevölkerung

erschießen wollen, die aus den armen Schichten des Volkes stammen und die Lebensverhältnisse der Massen nur zu gut kennen. Diese müssen sich organisieren gegen eine militärische Führung, in der die höheren Offiziere ihre Vorteile und Privilegien sicher wollen und im Dienst des Imperialismus stehen. Jetzt besteht die Möglichkeit, Teile der Armee für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen und somit die Verteidigung des Widerstandes voran zu bringen und die Möglichkeit zur Gewalt des Staates zu verringern.

Für die proletarische Revolution!

Die Aufstände in der Region sind nicht nur den Auswirkungen der letzten Wirtschaftskrise geschuldet, sind sind Zeichen des gescheiterten imperialistischen Systems. Keine „Globalisierung" oder noch so üppige Spekulationsblase konnte die tief greifenden ökonomischen und sozialen Widersprüche dieser Epoche mildern oder abschwächen ─ im Gegenteil ─ in verschärfter Form brechen jetzt die Widersprüche auf. Auf der einen Seite die korrupte, besitzende Klasse und ihre Helfershelfer die weltweit ausbeutet, Kriege führt und die ökologischen Lebensgrundlagen der Menschheit vernichtet ─ auf der anderen Seite das weltweite Proletariat, die Bauern und die Jugend.

Die Revolutionen die jetzt ausbrechen sind Folge des ungezügelten Imperialismus seit 1990, die Situation die in den arabischen Regimes herrscht, findet sich auch in vielen anderen Staaten der Welt. Insbesondere im südlichen Afrika, in Asien und Lateinamerika sind sie sozialen Widersprüche die gleichen, eine kleine Schicht, die von den Geschäften mit dem Imperialismus profitiert, steht einer immer größer werdenden Masse entgegen, die von Krise und Inflation betroffen ist.

Wie ein revolutionärer Kampf geführt wird, sehen wir derzeit am Beispiel Tunesien und Ägypten. Als Antwort auf Armut und Arbeitslosigkeit werden lokale Rätestrukturen aufgebaut, als Antwort auf die Polizeigewalt gibt es erste Verteidigungsmilizen des Widerstands. Diese Bewegungen bauen ihre eigenen Vertretungs- und Machtorgane auf, hier entwickelt sich eine revolutionäre Doppelmacht! Es wird entscheidend sein, diesen Aufbau voran zu bringen und auf die Soldaten_innen auszuweiten. Der Aufbau von Räten aus der Arbeiterklasse, den Bauern und dem Militär kann die revolutionäre Situation erfolgreich zum Ende führen. Die Gegenseite setzt auf die alten Institutionen und Eliten, die *„Übergangsregierungen"* stehen in den Startlöchern mit vagen Versprechen der *„Demokratisierung"*. Neben dem Aufbau eigener Organe müssen aber jetzt auch entscheidende Forderungen an die Übergangsregierungen gestellt werden.

Dazu gehören:

- Keine VertreterInnen des alten Regimes in der Regierung
- Beteiligung aller Oppositionsgruppen an der Regierung
- Freie Gründung von Gewerkschaften und Parteien!
- Kontrolle über die Lebensmittelpreise durch gewählte Repräsentant_innen der Gewerkschaften, Räte und Bauern
- Komplette Presse -und Medienfreiheit!
- Bewaffnung des Volkes zur Verteidigung der Revolution, Offenlegung aller Verträge des alten Regimes mit dem Imperialismus

Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung Wenn in den Medien gerne von *„bürgerlicher"* Revolution gesprochen wird, dann soll das nur darstellen, was die Interessen des Westens höchstens sein können ─ eine andere Maske der kapitalistischen Herrschaft muss aufgezogen werden. Nur sind es jetzt keine unterdrückten *„Bürgerlichen"*, die kleine Bourgeoisie war bestens in die Diktaturen integriert und bestand meistens auch nur aus den Eliten des Militärs ─ diese Gruppe hatte sich bestens mit *„fehlender Demokratie"* arrangiert. Jetzt fordern die Massen des Volkes nicht nur Freiheit, sondern auch Brot und Lohn, eine befriedigende Antwort kann der Kapitalismus nicht liefern, dass kann nur eine Gesellschaft die das kapitalistische System zerschlägt.

Für die revolutionären Massen ist jetzt der Sturz der alten Regimes erstes und wichtigstes Ziel, noch wichtiger wird es sein, eigene politische Organe aufzubauen, Rätestrukturen des Widerstands in Stadt und Land und der Aufbau einer revolutionären Partei. Dadurch kann die Massenbewegung nicht nur Einfluss auf mögliche Übergangsregierungen nehmen, damit können die Bewegungen auch den alten Staat effektiv zerschlagen, indem sie eigene Organe aufbauen.

Entscheidend für diesen Weg wird ein unbefristeter Generalstreiks gegen die Regime sein, wenn durch einen Generalstreik erst die Diktatoren vertrieben werden können, dann ist der Generalstreik für die Massen eine mächtige Waffe gegen Militär und Imperialismus. Solch ein Generalstreik muss dann mit dem Aufbau von Selbstverteidigungsorganen kombiniert werden, schon heute gibt es viele lokale Milizen ─ hauptsächlich von Jugendlichen und Arbeitslosen aufgebaut ─ so kann der Massenwiderstand sich bewaffnen und den Kampf gegen Militär, Geheimdienste und Polizei aufnehmen.

Diese Bewegung ist international, in der gesamten Region gibt es Proteste und die alten Regimes zerfallen, Ben Ali und Hosni Mubarak waren nur der Anfang. Die Völker wissen, dass sie aus gleichen Interessen handeln, dieses Bewusstsein braucht auch eine internationale Koordinierung und Organisation. Wenn die Völker der Region übereinstimmend gegen die Diktaturen und den Imperialismus kämpfen, dann können sie auch eine gemeinsame Gesellschaft aufbauen ─ eine sozialistische Föderation Nordafrikas und des Nahen Ostens!

Bring down the *"Capital Coalition"!*

Ein Interview mit Joana Pinto, REVOLUTION-Mitglied und Gewerkschafterin

REVOLUTION:
Im letzten Jahr haben wir riesige Demonstrationen, mehrere Generalstreiks und verschiedenste andere Aktionen der europäischen Arbeiter_innen und Bevölkerung gegen die Sparpakete und Sozialangriffe gesehen. Was gedenkt die konservativ-liberale Koalition in Großbritannien zu tun?

Joana Pinto:
Wie wir mit Sicherheit wissen, ist die britische Regierung, die Koalition, dabei, einen enormen Angriff gegen den Bildungssektor und die Jugend dieses Landes durchzuführen. Bisher wurden die Studiengebühren verdreifacht und ernsthafte Kürzungen im Bildungsbudget durchgeführt, des weiteren ist die Streichung der sogenannten *„Education Maintenance Allowance (EMA)"* geplant – ein kleiner Geldbetrag, von 30 Pfund pro Woche, der vielen Jugendlichen aus der Arbeiterklasse erlaubt, ihr Abitur zu meistern. Aber das ist nur ein kleiner Teil der gesamten Kürzungen! Einschnitte an anderen Stellen des öffentlichen Sektors sind ebenfalls sichtbar. 20 Milliarden Pfund wurden bereits im Budget gekürzt. Es gab deutliche Einsparungen an Freizeit- und Kulturangeboten und in vielen essentiellen Bereichen; bei Post und Feuerwehr wurden zum Beispiel hunderte Stellen gestrichen.
Es ist offensichtlich was diese Regierung hinter dem Banner der *„Krise"* umzusetzen versucht. Sie wollen spalten, die Arbeiterklasse ausquetschen und alles veräußern, was es zu veräußern gibt. Während dies Angriffe, Kürzungen und erhöhte Steuern für viele bedeutet, gibt es Steuersenkungen für die Reichen und die großen Konzerne, wie Vodaphone oder die Arcadia-Gruppe und gewährt den Bossen in den Chefetagen saftige Bonusse, die noch während der Krise mit Milliardensummen gerettet wurden. Das ist Kapitalismus in seiner perfidesten, ekelhaftesten Form!

REVOLUTION:
Als wir von der Besetzung des Parteigebäudes der Tory´s (Conservative Party) hörten, waren wir erstaunt, dass es solche Proteste auf der sonst so ruhigen Insel geben konnte. Offensichtlich waren es vor allem Schüler_innen, Student_innen und junge Arbeiter_innen, kurz gesagt Jugendliche, die in den letzten Monaten auf die Straße gingen um die Kürzungen zu bekämpfen. Wie haben die älteren Arbeiter_innen auf den Kampfgeist der Jüngeren reagiert?

Joana Pinto:
Als Studentin kann ich sagen, dass ich enorme Unterstützung erfahren habe! Ich erinnere mich daran, wie ich morgens in den Zeitungsshop gegangen bin und gefragt habe, ob sie bereits die Zeitung hätten. Sie hatten sie noch nicht, also wartete ich und währenddessen erzählte ich ihnen, dass ich lesen wollte, was die Presse über die Studentenproteste geschrieben hätte, an denen ich selbst teilgenommen hatte. Der Ladenbesitzer wandte sich abrupt mit einem breiten Grinsen zu mir und sagte: *„Gut für dich! Es ist endlich Zeit, dass endlich mal jemand was dagegen macht. Ich bin froh, dass die Studenten etwas für uns alle tun!“*

Generell habe ich viel Unterstützung von allen erwarteten und unerwarteten Seiten gesehen. Lehrer und Eltern, die mir Mails geschrieben haben, um mir zu sagen, wie sehr sie unsere Proteste inspiriert haben; Rentner_innen, Arbeiter_innen und Gewerkschafter_innen. Nach den Protesten wurden viele von uns zu Gewerkschaftstreffen und großen Versammlungen eingeladen, um dort zu sprechen, weil viele einfach Teil der Bewegung sein wollen. Viele verspüren den Drang ein Teil des Widerstandes, der sich überall in Europa gegen die Bosse und das kapitalistische System erhebt, zu sein.

REVOLUTION:
Wie du dir sicher vorstellen kannst, erfährt man hier Recht wenig über die Proteste in den bürgerlichen Medien, neben den bekannten *„Riots und Chaoten“*. Wer organisiert denn eigentlich die Proteste?

Joana Pinto:
Es ist schwer, wenn nicht sogar völlig falsch, zu sagen, wer die Proteste genau organisiert. Die *„National Campaign Against Fees and Cuts“* war eine der am meisten involvierten Gruppen, aber es sind weitaus mehr. Wir hatten einen genialen Einfall. Als wir erkannten, dass Studenten und Schüler bisher kaum Beachtung gefunden hatten, riefen wir zu Streiks am 24. November auf. Mit Hilfe von Facebook, Twitter und einer gut strukturierten, aktuellen Website waren wir dazu in der Lage, genauso viele zu mobilisieren wie die Studentengewerkschaft selbst. Was die bürgerlichen Medien Chaos nennen, sind vor allem die Aktionen einer großen Gruppe, die solidarisch ist und ohne *„große Führer“* oder konspirative Zirkel Seite an Seite steht. Ein Großteil der Presse hat nichts mit dem zu tun, was wirklich passiert. Als ein gut geschmiertes Instrument der Herrschenden, sind sie nicht dazu in der Lage eine politisch bewusste Masse nachzuvollziehen, die ihre Wut gemeinschaftlich nach außen trägt. Sie dachten wohl, dass wir alle in Apathie verfallen würden. Sie haben sich geirrt!

REVOLUTION:
In letzter Zeit ist es aber wieder still geworden um die britischen Inseln. Ist die Bewegung auf dem Abstieg oder haben die europäischen Medien Angst uns zu erzählen, was in Großbritannien los ist?

Joana Pinto:
Leider ist etwas ruhiger geworden. Erst waren Ferien, dann war Weihnachten... Die Proteste wandten sich vor allem gegen die Erhöhung der Studiengebühren und die Abschaffung von *„EMA“*, über die bereits debattiert und im Parlament abgestimmt wurde, zu unseren Ungunsten. Die Menschen sind immer noch wütend, aber es ist sehr schwer nach einer solchen Niederlage zu mobilisieren. Wie auch immer, ich bin mir sicher, dass es auf dem Weg zu der Großdemonstration am 26. März, die von der TUC (Anmerkung der Redaktion: ähnlich dem DGB in Deutschland) organisiert wird, neue Proteste in den nächsten Wochen geben wird, die bis dahin wachsen werden.

Mit Hilfe von Facebook, Twitter und einer gut strukturierten, aktuellen Website waren wir dazu in der Lage, genauso viele zu mobilisieren wie die Studentengewerkschaft...

Wenn die Regierung ihren unstillbaren Durst nach Kürzungen hin zur Gesundheitsversorgung oder dem öffentlichen Sektor wenden sollte, dann wird es weitaus schneller eine weitaus größere Bewegung geben. Wir befinden uns in einer Zeit, in der es scheint, als ob die Samen gesät wurden und wir nur noch warten müssen, um die Früchte des Widerstandes zu ernten. Ich bin sehr zuversichtlich, diese Früchte schon in naher Zukunft zu sehen.

REVOLUTION:
Die Rolle der Gewerkschaften und speziell der Labour Party (Arbeiterpartei in Großbritannien) war gespalten. Was tun sie wirklich, um die Kürzungen zu bekämpfen und was fordert die Jugend von ihnen?

Joana Pinto:
Vorweg muss man sagen, dass die drakonischen Gewerkschaftsgesetze dieses Landes die Arbeit für Gewerkschafter stark erschweren. Aber die Gewerkschaftsführer sind normalerweise Bürokraten mit wenig Kampfgeist. Daher ist es schwer etwas als Gewerkschafter in Großbritannien zu machen.

Trotzdem, unser Ziel ist es, alle Arbeiter_innen, Arbeitslose, Eltern und prekär Beschäftigte zu erreichen, um gemeinsam die Kürzungen und konsequenter Weise diese Regierung zurückzuschlagen. Am 29.01. hatten wir eine Demonstration – Student_innen und Arbeiter_innen – die allein in London 7000 Teilnehmer_innen umfasste. Der nächste Schritt wird die zentrale TUC Demonstration am 26 März sein, für die die Gewerkschaften massiv mobilisieren. Hoffentlich sind wir nicht all zu weit von einem Generalstreik entfernt.

REVOLUTION:
Was würdest du einem/ r Arbeiter/in oder einem Jugendlichen sagen, wenn er fragen würde, wie man die Sparmaßnahmen bekämpfen kann?

Joana Pinto:
„Unite and fight!“ Es ist unbedingt notwendig, dass wir die Studenten- und Schülerproteste mit den Kämpfen der Arbeiter_innen vereinen. Bei den Jugendlichen geht es vor allem um Demonstrationen und Besetzungen, bei den Arbeiter_innen sollte es sich vor allem um Streiks drehen. Gemeinsam können sie die Angriffe stoppen und die Regierung stürzen.

REVOLUTION:
Du redest von stürzen. Gibt es denn überhaupt eine Alternative zu der verrotteten Politik von Labour und der Bürokratie der Gewerkschaften?

Joana Pinto:
Unbedingt! Es gibt eine revolutionäre sozialistische Alternative. Der Neoliberalismus hat bewiesen, dass nicht nur einige Schrauben falsch sitzen, sondern er strukturelle Fehler aufweist. Der Fall des Kapitalismus, die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung... Mit all dem muss Schluss sein! Wir sollten für den internationalen Sozialismus eintreten.

Eine Welt, in der die Arbeiterklasse die Kontrolle über das wirtschaftliche Leben, die politischen Abläufe hat und das gesellschaftliche Leben für alle zugänglich macht, nicht nur für eine Minderheit! Die ersten kleinen Schritte in diese Richtung bedeuten eine soziale Bewegung aufzubauen, die dazu in der Lage ist, die momentanen Geschehnisse zum Stillstand zu bringen.

REVOLUTION: Gehen wir einmal davon aus, die Bewegung kann die *„Koalition des Kapitals“* zu Fall bringen. Was denkst du, wie werden sie reagieren und was wären die nächsten Schritte für eine solche Bewegung?
Joana Pinto:
Das hängt wirklich davon ab, was als nächstes passieren wird. Sie könnten fallen, wie es Thatcher getan hat ─ im Stillen und ohne Aufsehen. Sie könnten auch mit einem Schlag gestürzt werden. Einem parlamentarischen Skandal, Resignation, wer weiß das schon!? Nichts desto trotz, diese Möglichkeiten bedeuten vor allem, dass die Labour Party wieder an die Macht kommt.

Was wir wirklich brauchen, ist eine neue linke Alternative, eine neue Partei neuen Typs, die dazu in der Lage ist, große Teile der Arbeiterklasse in Aktion zu bringen. Eine Partei mit einem sozialistischen Programm, revolutionär, internationalistisch und demokratisch in ihrem Aufbau. Oder besser gesagt ─ eine Revolution!

Activist Guide

Kein Bock mehr auf dieses System?

O.K., irgendwie nervt dich das alles total. Faschos, die in deiner Stadt, deinem Bezirk oder bei dir auf dem Dorf rumhängen und laut *„Für Deutschland“* schreien, bevor sie irgendwo Hakenkreuze hinsprühen. Dich nervt, dass du nicht weißt, ob du 'nen vernünftigen Job findest, weil deine Schule nichts zu bieten hatte außer: *„Wir leben in einer Demokratie. Die soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage für Gerechtigkeit und Wohlstand!“* und das irgendwie gar nichts mit deinem Leben zu tun hat.

Na klar! Gerade, wenn Worte und Realität so sehr auseinanderklaffen. Wir wissen doch alle, dass Millionen Hunger leiden, Deutschland und viele andere Länder Krieg führen und Staaten wie die BRD ihre eigene Bevölkerung bevormunden.

Jedenfalls einen großen Teil davon, nämlich die, die am härtesten in unserer Gesellschaft arbeiten ─ und damit meinen wir nicht die Banker und Unternehmer.

Also hast du dich entschieden was dagegen zu machen. Die Frage ist nur was und wie? Falls du deshalb einer **REVO** Gruppe beitreten oder selber eine **REVOLUTION** Gruppe aufbauen möchtest: Hier sind ein paar Ideen, wie du das machen könntest.

Wir beißen auch nicht...

Die beste Idee ist wohl, du sprichst beziehungsweise schreibst uns erstmal an. Vielleicht gibt es ja schon Mitglieder in deiner Nähe. Das wäre natürlich super, muss aber nicht sein, um eine Gruppe aufzubauen. Schließlich gibt´s ja heute Mails und Telefone.

Wir sind nicht ohne Grund eine Gruppe, oder besser gesagt eine Organisation. Schließlich hatten alle von uns einen Grund aktiv zu werden. Wir waren alle auf die eine oder andere Weise unzufrieden mit der bestehenden Gesellschaft. Doch mehr als das, wir haben auch ein Programm gegen den Kapitalismus und natürlich steht unsere Politik auch für etwas. Das ist dir bestimmt schon aufgefallen, schließlich hast du diesen Text hier ja auf unserer Homepage oder in unserer Zeitung gefunden.

Vielleicht siehst du einige Dinge anders als wir. Das sollte aber kein Grund sein, nicht mit uns darüber zu diskutieren, wenn du unserer grundsätzlichen Position zustimmst.

Also kontaktiere uns, falls noch nicht geschehen, schließlich beißen wir ja nicht...

Unter Leute kommen!

Alleine in einer Gruppe zu sein ist irgendwie witzlos. Deswegen sprich einfach deine Freunde mal an, was sie so denken. Du könntest ihnen zum Beispiel unsere Homepage oder unsere Zeitung zeigen. Die Probleme, die du siehst, haben andere auch. Die meisten fühlen sich einfach nur zu hilflos, um was dagegen zu machen oder verdrängen es. Also sprich sie an und frag sie, was sie davon halten aktiv zu werden und eine Gruppe aufzumachen. Wenn du ein, zwei oder drei Leute findest, ist das schon mal ein super Anfang!

Zum Glück gibt´s ja auch schon die ein oder andere **REVOLUTION** Gruppe. Das heißt, du kannst Zeitungen, Flyer und Sticker haben, ohne sie selbst erst gemacht zu haben. Das ist natürlich 'ne gute Hilfe und spart dir am Anfang viel Zeit. Ja, na klar kannst du das auch selbst oder mit uns zusammen machen. Aber dazu später...

Jetzt organisierst du erstmal ein Treffen. Dazu lädst du einfach alle ein, die Interesse haben könnten. Am besten zu einem spannenden und aktuellen Thema. Zum Beispiel zum Thema Schulstreik, Antifa oder Jugendarbeitslosigkeit. Es kann natürlich auch ein ganz simples Problem sein, dass du an deiner Schule oder deinem Arbeitsplatz ändern möchtest...

Mach Aushänge oder verteile Flyer auf einer Demo, das kommt immer gut. Wenn du magst, kann vielleicht auch jemand von einer anderen **REVO** Gruppe kommen, um dir zu helfen.

Flyer, Zeitungen, Kontaktlisten und Homepage

Vielleicht hast du so was in der Richtung ja schon mal gemacht. Viele Dinge sind ganz einfach und müssen nicht sofort superkrass aussehen. Wichtig ist am Anfang, dass du deine Politik richtig rüberbringst.

Du brauchst nicht das *„beste“* Layoutprogramm. Word oder Open Office zum Beispiel machen's am Anfang vielleicht auch für einen kleinen Flyer oder Aushang. Wenn du was größeres vorhast, dann weißt du ja, dass du uns Fragen kannst, ob wir dir helfen. Kein Problem!

REVO bringt alle 2 Monate eine größere bundesweite Zeitung raus. Die kannst du haben. Nicht nur für dich, sondern auch zum verteilen und verkaufen. Du kannst auch selbst Artikel darin schreiben. Dazu sprichst du einfach unsere Redaktion an (falls sie das nicht von ganz alleine macht), ihre Adresse steht unten.

Außerdem bringen wir auch 'ne Infomail raus. Die gibt's alle zwei Wochen und ist ziemlich gut, um mit Leuten ins Gespräch zu kommen und Kontakte zu machen.Da können sich deine Freunde auch für eintragen, dann hast du schon mal eine gute Diskussionsgrundlage. Außerdem bist du selbst gut informiert und kannst dich neben unserer Homepage mit unseren Positionen vertraut machen!

Und jetzt zur Homepage: Wenn du eine Gruppe aufbauen willst, stellen wir das einfach auf unsere Seite. Wir können auch gemeinsam Artikel schreiben über Themen, die momentan in deiner/m Stadt/ Dorf aktuell sind und andere können dann sehen, dass es schon jemanden bei sich gibt, der/ die was macht. Cool, oder?

Mach doch einen Stand!

Einen Stand? Ja... einen Stand. So etwas ist echt super und am besten, wenn du es an einem zentralen Punkt machst, wo du Zeitungen, Kontaktlisten oder unser Programm auslegen kannst. Das ist ein guter Anlaufpunkt für andere und du kommst mit Fremden, die sich für unsere Position interessieren, in Kontakt.

Trotzdem solltest du nicht alleine sein. Es gibt nicht nur uns wohlgesonnene, sondern auch Nazis oder Rechte. Also pass immer auf, wenn du dich für längere Zeit an dem selben Ort aufhältst. Wir können das bestimmt auch mal an einem Wochenende zusammen machen!

Das erste Treffen

Endlich ist es so weit. Dein erstes **REVO** Treffen steht kurz vor der Tür und es gibt ein paar Leute, die Interesse haben mitzumachen. Moment, du brauchst noch einen Raum!

Vielleicht kennst du ja einen linken Jugendclub, 'ne Bar oder

eine öffentliche Einrichtung, wo ihr euch treffen könnt. Zuhause ist nicht so gut, weil du ja die Treffen auch offen ankündigen willst, damit sie offen für alle sind. Auch Leute, die du noch nicht kennst.

Wenn du möchtest, kann bestimmt jemand aus einer anderen Stadt vorbeischauen, falls du Hilfe bei der Durchführung und Vorbereitung der ersten Treffen möchtest.

Treffen bestehen eigentlich immer aus zwei Teilen. Der erste ist die politische Diskussion über ein Thema, was aktuell ist oder das euch interessiert. Im zweiten Teil plant ihr Aktionen, Demos oder eure gemeinsame Arbeit in Schule, Uni, vorm Jobcenter oder im Betrieb.

Falls neue Kontakte da sind, geh sicher, dass du die wichtigsten Infos bekommst, um sie wieder kontaktieren zu können und mache schon mal das nächste Treffen aus.

Es wäre übrigens auch gut, wenn du dir 'ne **REVO** Adresse mit deinem Stadt/ Dorfnamen anlegst. Das ist gut, weil du dann eine Adresse hast, die du auf unserer Homepage oder auf Flyern angeben kannst, an die sich Kontakte wenden können. Unsere Domain ist immer deinestadt@onesolutionrevolution.de

Action, was sonst?

Das ist ganz klar eine wichtige Sache und der Weg, wie wir unsere Meinung unter die Menschen tragen können oder sogar durchsetzen. Mit Worten kann man zwar Menschen, die die Widersprüche im Kapitalismus spüren, für sich gewinnen, aber durch Aktionen macht man sie aufmerksam. Außerdem: Die Kapitalisten werden sich nicht freiwillig verjagen lassen.

Eigentlich ist alles möglich. Geh raus und Sticker irgendwo in der Umgebung. Du kannst natürlich auch plakatieren oder eine kleine Transpi-Aktion an deiner Schule machen, wenn du noch auf eine gehst.

Demos sind natürlich immer perfekt, um in Kontakt mit anderen Linken oder von Sozialabbau und Unterdrückung Betroffenen zu kommen. Außerdem kann man viel drumherum machen. Du kannst im vorhinein Flyer dafür verteilen oder dich mit anderen darüber unterhalten. Manchmal sind kleine Aktionen am Rande der Demo auch ganz cool.

Es gibt viele Möglichkeiten von Aktionen, wenn du Ideen austauschen willst oder Fragen hast. Du weißt ja, Hilfe ist nur eine/n Mail/ Anruf weit entfernt.

Transpis malen und Fahnen schwingen...

Natürlich, Transparente sind immer 'ne coole Sache. Du siehst sie oft auf Demos. Sie sind praktisch, um einen Demoblock zu schützen und können richtige Botschaften an Außenstehende vermitteln. Auch hier gilt, es muss nicht immer ein Kunstwerk sein. Mit ein bisschen Abklebeband, 'nem Beamer oder einfach frei Hand kriegt man schon was passables zustande. Das so entstandene Transparent kannst du jetzt mit auf Demos nehmen. Am besten, du schreibst unsere Homepage und E-Mail-Adresse drauf, dann lernst du vielleicht neue interessierte Personen kennen.

Und denk dran, mit einer **REVO** Fahne bist du immer gut im Fokus und die anderen sehen, dass unsere Gruppe aktiv und gut organisiert ist. So eine Fahne zu machen ist auch nicht schwer. Roter Stoff, ein wenig schwarze Farbe und eine Stange sind alles, was du brauchst. Wir können dir am Anfang auch eine zuschicken, wenn du magst!

Informiert sein, um zu überzeugen!

Wie bereits gesagt sind wir nicht umsonst eine politische Organisation mit einem Programm. Wir sind keine lose Gruppe, ein Bündnis oder ein Verbund von Individuen mit völlig unterschiedlichen Meinungen. Was uns eint, ist ein grundlegendes Verständnis dieser Gesellschaft. Wir haben eine klare Analyse der Umstände und wie wir sie verändern wollen.

Das heißt, es wäre gut, wenn du dich mit diesen Positionen, als erstes natürlich unserem Programm, auseinandersetzt. Nicht, damit du es sinnentleert nachplappern kannst. Nein, damit du mit uns darüber diskutieren kannst. Vielleicht hast du in dem einen oder anderen Punkt eine andere Meinung, die kannst du aber auch behalten, wenn sie nicht grundlegender Art ist und in der Praxis mit uns zusammen dich von ihrer Richtigkeit (oder auch Falschheit) überzeugen.

Unser Verständnis entsteht durch die gemeinsame Diskussion. Sie entsteht durch Erfahrungen und einem gemeinsamen Prozess, in der Gruppe. Aber vor allem aufgrund demokratischer Prinzipien!

Wenn wir das verinnerlichen, dann ist das die beste Chance Mitglieder zu gewinnen. Also setze dich mit unseren Positionen auf der Homepage, in der Zeitung oder in unserm Programm auseinander und diskutiere es mit uns, dann wird es dir leicht fallen auch andere von unseren Positionen zu überzeugen.

Boah: Das kostet doch!?

Jep. Wie fast alles im Kapitalismus, kostet es auch gegen ihn und seine menschenverachtenden Auswirkungen zu kämpfen. Wäre auch irgendwie zu einfach, wenn nicht, oder?

Deshalb wäre ist es wichtig, dass wir als Gruppe immer ein wenig Cash in unsere Kassen reinkriegen. Das simpelste ist natürlich Mitgliedsbeiträge zu erheben. Das können auch schon so 3 Euro im Monat sein. Aber du wirst schnell mitbekommen, dass das nicht ausreicht. Darum ist es empfehlenswert Spenden zu sammeln. Was sehr gut funktioniert ist zum Beispiel eine Soliparty zu veranstalten.Wenn die Gruppe größer ist, dann solltet ihr einen Finanzwart haben, der den Überblick behält und auf euer Geld aufpasst oder sich Gedanken macht, wie man neues kriegt.

Eine Kampagne starten...

Oha. Das klingt nach viel Arbeit, oder? Ist es auch. Trotzdem ist das was sinnvolles. Wir sind immerhin Kommunisten und keine Spaßgruppe, was nicht heißt, dass wir keinen Spaß haben. Wir hüpfen nur nicht von einem Event zum anderen, sondern versuchen selbst die Politik, die abläuft, zu bestimmen.

Wir geben uns nicht damit zufrieden, dass die LINKE sagt, dass sie gegen den Krieg ist, aber nichts groß dagegen macht. Genauso, wie es uns ankotzt, wenn irgendwelche Gewerkschaftsbürokraten nicht zum Streik aufrufen, wenn die nächste Gehaltskürzung droht. Wir organisieren selbst Proteste und Aktionen und binden andere Gruppen und Einzelpersonen in diese Kämpfe mit ein. So entstehen Bewegungen, die tatsächlich Dinge verändern und ein Keim für revolutionäre Kämpfe sein können. Und dafür lohnt sich doch dann die Arbeit auch wieder, oder nicht?

Zusammen arbeiten! Gemeinsam kämpfen!

REVOLUTION ist mehr als nur ein Verbund von unabhängig voneinander existierenden Gruppen. Wir arbeiten alle zusammen, um das gleiche Ziel zu erreichen! Du bist nicht alleine. **REVO** ist eine bundesweite, ja internationale Organisation, mit Gruppen auf der ganzen weiten Welt. Auch wenn uns Regionen voneinander trennen, ist es unsere Politik, die uns vereint. Diese Politik, oder besser deren Grundlagen, besprechen wir auf unseren Konferenzen. Im Gegensatz zu so manch bürokratischen Organisationen ist es bei uns die Mitgliedschaft, die die Demokratie macht.

Diese Konferenzen finden regelmäßig statt. Bundesweit und international. Jedes Mitglied kann kommen, kann sich einbringen, ein Schriftstück verfassen und Diskussionen anstoßen. Dort wählen wir auch unsere Gremien, die zwischen den Konferenzen unsere Beschlüsse durchsetzen und die *„Tagespolitik“* machen. Ganz klar, die können nicht machen, was sie wollen, sondern müssen sich an die Beschlüsse der Konferenz halten. So wie jede/r Einzelne. Außerdem sind sie jederzeit abwählbar!

Unsere gemeinsame Politik bestimmt bis zu einem gewissen Grad, was wir tun oder halt nicht tun. Wenn zum Beispiel eine Gruppe von uns aktiv Antifa-Arbeit

macht, dann sollte sich die bundesweite Organisation damit beschäftigen. Am besten sollte auch etwas dazu auf unserer Homepage oder in der Zeitung stehen.

Aber vor allem macht uns unsere Einheit in unseren Meinungen im Kampf stark! Das schließt auch nicht aus, dass man sich mal streitet oder politische Meinungsverschiedenheiten hat, sondern zeigt nur, dass wir ein demokratisches Verständnis unserer Arbeit haben und dazu bereit sind Probleme anzupacken.

Diese Einheit erlaubt es uns gemeinsame Kampagnen und Aktionen bundesweit und sogar international zu organisieren. Der Gegner tut es ja schließlich auch. Wir können unsere Stimmen vereinigen, um uns Gehör zu verschaffen. Außerdem muss ja irgendwer sagen, was schief läuft, aber vor allem, wie man´s besser macht.

Das sind nun mal wir: Kommunisten. Das wird viele Menschen dazu bringen Dinge zu hinterfragen. Nicht nur was sie im Fernsehen sehen, sondern auch in der Schule und sonst wo. Am Anfang werden es nur kleine Erfolge sein.

Aber Rom wurde nicht an einem Tag erbaut. Der Kapitalismus wird nicht an einem gestürzt werden!

Und..?

Ach so! Wenn du Hilfe brauchst, meld dich unter:

germany@onesolutionrevolution.de

Wenn du schon eine Nummer hast, dann ruf einfach an. Das ist wirklich kein Ding!

ONE SOLUTION – REVOLUTION

REVOLUTION
international communist youth organization • www.onesolutionrevolution.com

REVOLUTION
Coole Buttons...

kriegst du bei jeder REVOLUTION Ortsgruppe! Du hast Ideen für eigene Buttons? Melde dich bei uns! germany@onesolutionrevolution.de
Unsere Buttons haben einen Durchmesser von 38mm.

Schwarz auf weiß der lesetipp

John Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten

Ein Artikel von Tobi Hansen

Sobald Linke und speziell Kommunist_innen von *„Klassikern“* oder Lesetipps sprechen, mag manch einem die gesammelten Bücherregal füllenden Gesamtausgaben von Marx/Engels oder Lenin einfallen, aber es geht auch kürzer.

Das Werk des US amerikanischen Journalisten John Reed *„10 Tage, die die Welt erschütterten“* ist ein spannender und politischer Roman über die russische Oktoberrevolution im Jahr 1917. Die Leser_innen werden Zeuge der revolutionären Prozesse, der Diskussionen in den entstandenen Räten, die breite politische Diskussion zwischen den verschiedenen Gruppierungen ─ hier wird von einer sozialen Umwälzung, einer proletarischen Revolution berichtet. Dies geschieht nicht durch eine Aufzählung von Fakten, sondern durch lebendige Beispiele der Gesellschaft.

Im Gegensatz zur bürgerlichen Hetze gegen die Oktoberrevolution, die zumeist nur als „Vorbote“ des Stalinismus gesehen wird, beschreibt John Reed eindrucksvoll wie das junge revolutionäre Proletariat die Doppelmacht aufbaut und erstmalig in der bürgerlichen Geschichte Adel und Bourgeoisie hinweg fegt.

Dabei liest es sich nicht wie ein politisches oder historisches Sachbuch, sondern eher wie ein politischer/sozialer Roman, der mitreißend die Situationen beschreibt, viele der damaligen Revolutionär_innen werden vorgestellt, darunter besonders viele aus den Räten – Soldaten, Bauern und Arbeiter_innen. In diesem Buch spricht die Revolution zu den Leser_innen, so wie wir aktuell die Aufstände und Revolutionen, durch die Medien, in Nordafrika verfolgen können, zeigt dieses Buch welche Politik zur Revolution führen kann.

John Reed war als Journalist und freier Autor stets Teil der internationalen Arbeiter_innenbewegung. Er berichtete nicht nur über Arbeitskämpfe und Aufstände, nein er war immer auch Aktivist für die Revolution. Ein weiteres bekanntes Werk ist *„Mexiko im Aufstand“* ─ auch dort berichtete John Reed von den sozialen Kämpfen und beteiligte sich. Er war Delegierter der 3. Internationale, der Kommunistischen Internationale und starb 1920 in Baku, heutige Hauptstadt von Aserbaidschan. Mit dem Werk *„10 Tage, die die Welt erschütterten“* lieferte Reed ein historisches Werk ab, das noch heute aktuell ist. Hier werden alle drängenden sozialen und politischen Fragen der Revolution diskutiert, und aufgezeigt wie sich eine revolutionäre Doppelmacht aufbaut und siegt!

Das Buch ist empfehlens- und lesenswert, wenn man sich für die Tage der russischen Revolution Interessiert, aber auch, wenn man sehen möchte, wie die junge Rätedemokratie eine nie dagewesene Kultur und Gesellschaft in nur wenigen Tagen schuf.

John Silas Reed (* 22. Oktober 1887 in Portland, Oregon; † 19. Oktober 1920 in Moskau) war ein US-amerikanischer Journalist und 1919 Begründer und Vorsitzender der ersten kommunistischen Partei der USA, der Kommunistischen Arbeiterpartei, aus der ─ zusammen mit anderen revolutionär-sozialistischen Gruppierungen ─ nur wenig später die CPUSA hervorging.

Zehn Tage, die die Welt erschütterten.Dietz Verlag Berlin (DDR), 1988. ISBN 3-320-00600-2 Onlineversion (im englischsprachigen Original: Ten Days that Shook the World. International Publishers, New York. ISBN 978-0-7178-0200-5)

Nazi-Aufmarsch, Dresden, 19. Februar 2011

Blockieren! Stören! Verhindern!

Die Hoffnung, dass nach 66 Jahren noch lange nicht Schluss ist, hat endlich eine populäre Ausnahme gefunden! Dieses Jahr findet, anlässlich des 66. Jahrestages der Zerbombung Dresdens erneut ein Naziaufmarsch in Dresden statt. Er ist einer der größten seiner Art in Deutschland und in ganz Europa. Seit den 90er Jahren ist Dresden einer der Wallfahrtsorte der Faschisten geworden. Dabei geht es ihnen nur scheinbar darum, den Toten zu gedenken, die in einem Krieg starben, den sie selbst führten. Tatsächlich geht es ihnen darum, ihren Terror erneut auf die Straßen zu tragen! Sie wollen Akzeptanz für Gewalt gegen Migrant_innen, Linke, Gewerkschafter_innen und ethnische oder religiöse Minderheiten schaffen.

Faschisten — eine Gefahr am fernen Horizont?

Man könnte behaupten, der Faschismus sei ein von Zeit zu Zeit wiederkehrendes und abschwellendes Ereignis unserer Zeit. Man könnte auch denken, die Tatsache, dass es ruhig geworden ist um die NPD sei beruhigend. Doch diese Ruhe ist trügerisch! So fusionierte die NPD erst vor Kurzem mit der DVU und wird wohl gestärkt in die nächste Phase ihrer politischen *„Tätigkeiten“* gehen. Nicht nur hier sind Rechtspopulisten im Aufschwung. Ob Holland, Ungarn, Italien, Britannien oder Deutschland, die Rechten gehen vielerorts in die Offensive, in den Parlamenten und auf der Straße! Vor allem viele offen faschistische Strukturen werden immer stärker und militanter.

Meist nur unter der Oberfläche ersichtlich, gehen sie mit Gewalt und Repression, insbesondere gegen linke Strukturen, vor. Überall finden Angriffe gegen Jugendclubs, linke oder alternativ aussehende Menschen und Migrant_innen statt. Faschisten sind nach wie vor eine Gefahr. Diese Gefahr breitet sich aus, in Deutschland, in Ungarn und Europa.

Unterstützung aus der *„rechten Mitte“*

Eine gute Hilfe sind ihnen dabei viele bürgerliche Politiker. Wir alle erinnern uns an Sarrazins ***„Deutschland schafft sich ab“.*** Während Sarrazin von Talk Show zu Talk Show gebeten wurde und Medien wie die BILD ihn kräftig in seiner Kampagne *„für Deutschland“* unterstützten, konnte man einen deutlichen Rechtsschwenk vieler anderer Politiker bemerken. Doch etliche von ihnen bestätigten damit nur die vielerorts geläufige Praxis.

So warten momentan 80.000 Menschen unter lagerartigen Zuständen auf ihre Abschiebung in Länder, wo entweder Krieg oder Hunger auf sie wartet. Parteien — wie die CDU — wollen uns klar machen, dass kriminelle Migrant_innen abgeschoben gehörten.. Doch vielen Migrant_innen werden angesichts der rassistischen Gesetze — wie dem Arbeitsverbot und der Residenzpflicht — direkt in die Illegalität gedrängt. In diesem Sinn bedient sich die Rechte lieber mit Spaltung und Hetze, anstatt die Situation der Menschen zu verbessern! Es bleibt nur die Frage, was mit kriminellen wie Ackermann oder Befehlshabern in Kundus demnächst passiert. Werden sie nach Mallorca oder auf die Malediven abgeschoben?

Bürgerlicher Widerstand und Extremismusmythen

Zum 13. Februar ruft *„die Stadt“* Dres-

den zu friedlichen Lichterketten auf, um den Opfern der Zerbombung Dresdens zu gedenken. Nachdem die Oberbürgermeisterin letztes Jahr ihre Meinung zum Ausdruck brachte: *„Man dürfe sich von der Instrumentalisierung durch die Nazis nicht eine immer stärkere Politisierung des Gedenkens aufzwingen lassen“*. Anstatt sich ein Beispiel an den erfolgreichen Gegendemonstrationen des Vorjahres zu nehmen, sendete die Stadt Dresden bereits mehrere Klagen an Antifaschist_innen, die im vergangenen Jahr erfolgreich den Aufmarsch der Nazis verhinderten.

Auch das Jugendministerium verstärkt den Druck und gewährt von nun an nur noch *„nicht extremistischen“* Kräften und auf *„dem Boden der Verfassung“* stehenden Organisationen, also allem rechts von der LINKEN, Gelder, um antifaschistische Arbeit zu leisten. Doch der Extremismusbegriff und die momentane antikommunistische Propaganda lassen eines außen vor: Links und Rechts sind keineswegs zwei Seiten einer Medaille, wie uns die bürgerliche Propaganda weiß machen will. Die Praxis beweist es. Bei den Bildungsprotesten gegen Kürzungen waren es Linke, die mobilisierten. Es waren Linke, die gegen Hartz IV auf die Straße gingen. Heute sind Linke die einzigen, die sich vehement und auf der Straße gegen die deutschen Kriegsambitionen und Faschisten einsetzen.

Ist es Zufall oder Kalkül, dass gerade heute ein immer stärkerer medialer Druck gegen Linke aufgebaut wird? Mit diesem Druck und der polizeilichen Gewalt an Gegendemonstrant_innen wird der nötige Widerstand auf der Straße empfindlich angegriffen und den Faschist_innen für ihre Propaganda und ihren Terror der Weg geebnet!

Smash Fascism and Capitalism – Antifa heißt Klassenkampf!

Die ersten Opfer des deutschen Faschismus waren vor allem Sozialisten_innen und Kommunist_innen, die direkt nach der Machtübernahme der Nazis 1933 oder in Verhaftungswellen im März 1933 in sog. *„Schutzhaft“* genommen wurden. Es folgten Sozialdemokrat_innen und Gewerkschafter_innen. So wurde im NS von Anfang an die organisierte Arbeiterschaft bekämpft und zerschlagen. Es ist also falsch, dass die Antideutschen und ebenso viele Bürgerliche von einem Verrat des Proletariats

und einer Kollektivschuld der Deutschen ausgehen. Das Deutsche Reich war ein imperialistischer Staat und wie in jedem anderen imperialistischen Staat auch lag die Unterdrückung und Bekämpfung der arbeitenden Bevölkerung durch die Kapitalist_innen in der Natur der Sache. Wie in jedem Krieg wurden die Proletarier verschiedener imperialistischer Länder gegeneinander gehetzt und ausgespielt.

Der 2. Weltkrieg forderte 50 Millionen Opfer – Opfer des Imperialismus, also der herrschenden Klasse. Aus diesem Grund lehnen wir von **REVOLUTION** es ab, die Alliierten als *„die Guten“* zu feiern und von den Deutschen als Tätervolk zu sprechen. Mit solchen politisch falschen Debatten wird vom Kernpunkt

Infostruktur

Erreichbarkeit der Infostruktur am 19. Februar 2011

WAP-Handy-Ticker: www.wap.dresden-nazifrei.com
Twitter: twitter.com/dd_nazifrei
Aktionsradio: 98,4 & 99,3
Telefon: 0351 – 41 88 99 70

Zu folgenden Zeiten wird es verläßliche Informationen und Empfehlungen geben:

Sonntag, 13.2.2011: 14 Uhr bis open end
Samstag, 19.2.2011: 8 Uhr bis open end
(Das Aktionsradio von ColoRadio wird aber erst ab 12 Uhr senden,
da die Frequenz vormittags anders belegt ist.)

EA: 0351 – 89 960 456

REVOLUTION

international communist youthorganization

One Solution – Revo...wer?

Eine Vorstellung

Wer ist REVOLUTION?

Wir sind eine antikapitalistische internationale Jugendorganisation. Wir sind aktiv in verschiedenen europäischen und asiatischen Staaten. Auf unserer Webseite www.onesolutionrevolution.de findet ihr unser Programm, Stellungnahmen, Demoberichte und Artikel von uns. Wir bringen regelmäßig die Zeitung „REVOLUTION“ heraus.

Was macht REVOLUTION?

In Deutschland sind wir aktiv gegen Bildungs -und Sozialabbau, Krieg und Faschismus. In unseren Ortsgruppen machen wir regelmäßige Veranstaltungen und Aktionen. Wir laden Euch gerne ein bei uns vorbei zuschauen oder mitzumachen – nehmt Kontakt auf über germany@onesolutionrevolution.de!

Was will REVOLUTION?

Hinter dem System von Ausbeutung, Hunger, Krieg und Unterdrückung steht der globale Kapitalismus, die Herrschaft Weniger über die große Mehrheit. Gemeinsam mit Euch wollen wir Kapital und Staat bekämpfen für eine gerechte, solidarische sozialistische Gesellschaft eintreten.

Informiert Euch, nehmt Kontakt auf!

One solution — REVOLUTION!!

Termine 2011

REVOLUTION Treffen Freiburg

Jeden Dienstag um 18.00 Uhr im Geier (Belfortstraße 38).

20.02. 2011, Stuttgart

Schulung zum Thema Stuttgart 21. Organisiert von REVOLUTION und Arbeitermacht

Termin bitte erfragen: stuttgart@onesolutionrevolution.de

24.02. 2011, Stuttgart

Veranstaltung zur Landtagswahl

Organisiert von REVOLUTION und Arbeitermacht.

Schlampazius, Wagenburgstr. 147, 19.00 Uhr

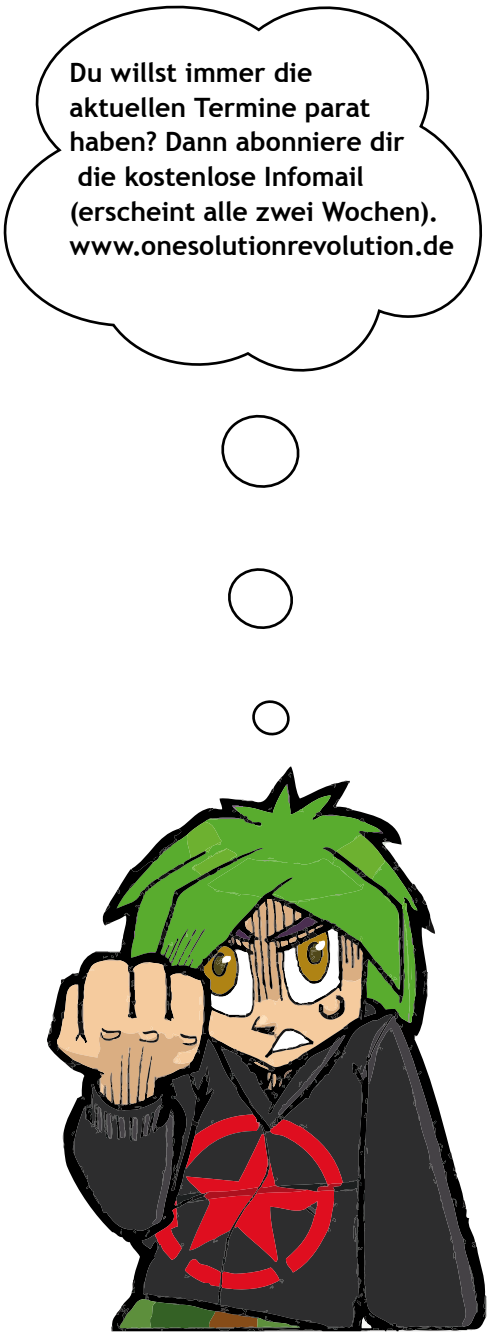
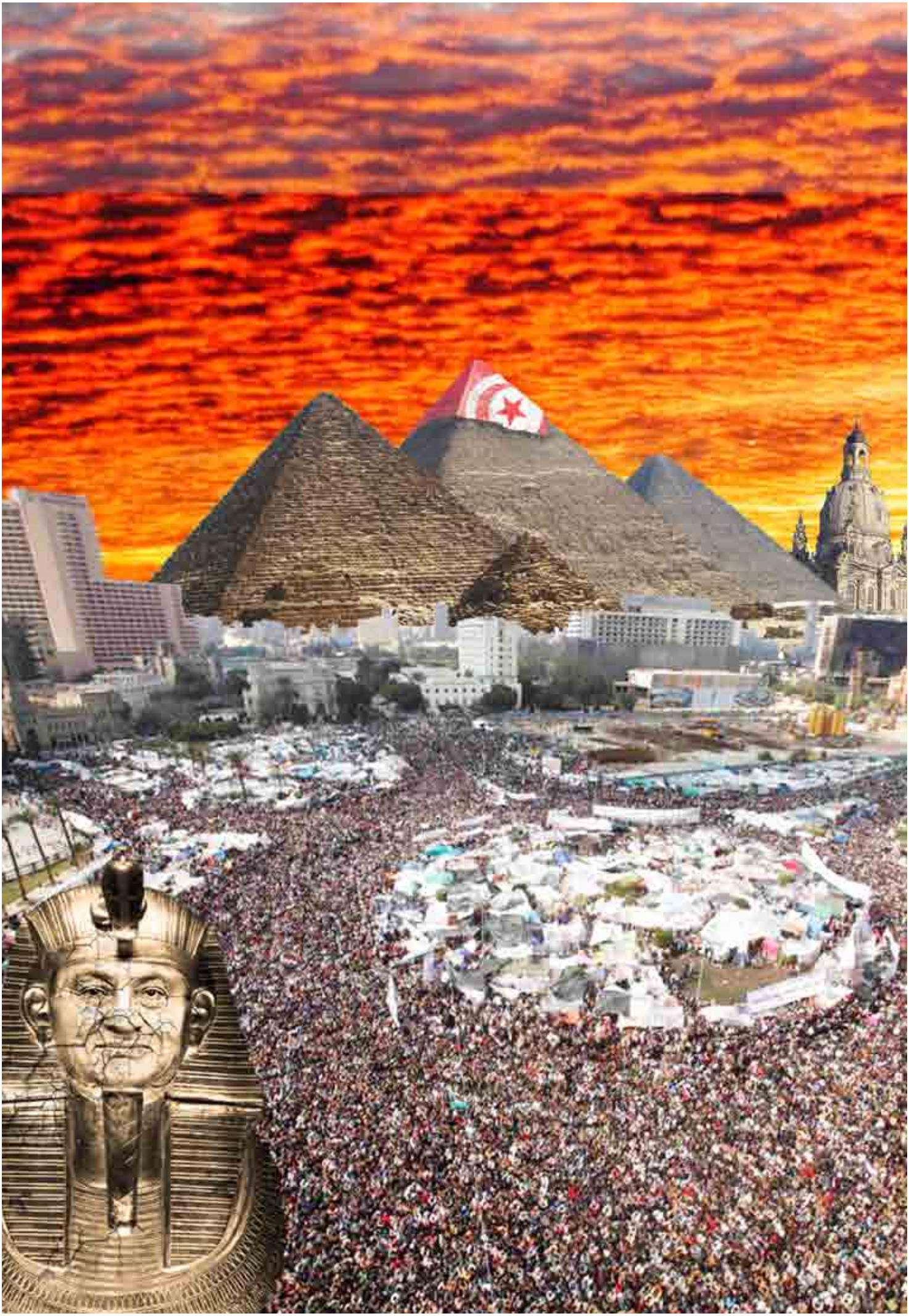
08.03. 2011, bundesweit

100. internationaler Weltfrauentag. Veranstaltungen sind geplant! Nähere Infos demnächst (Infomail)

15.03. 2011, Freiburg

Veranstaltung von REVOLUTION Freiburg zur Landtagswahl. Aufruf zur kritischen Unterstützung der LINKEN in Freiburg.

Nähere Informationen sind noch nicht bekannt, werden aber rechtzeitig in unserer Infomail und im Internet veröffentlicht.

01.05. 2011, Kassel

Antikapitalistischer Block auf der 1. Mai Demonstration in Kassel. Kundgebung mit Michael Sommer (bundesweite 1. Mai Feier des DGB findet in Kassel statt).